Nr. 476 ♦ 37. Jahrgang
Ausgabe A Nr. 301

Morgen-Ausgabe

30 Pfennig

Bezugspreis:
Bezugspreis: Vierteljährl. 30.— Mk., monatl. 10.— Mk. frei ins Haus, voraus zahlbar. Postbezug: Monatlich 10.— Mk., exkl. Zustellungsgebühr. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich 18.10 Mk., für das übrige Ausland bei täglich einmal. Zustellung 21.50 M. Postbestellungen nehmen an Oesterreich-Ungarn, Tschecho-Slowakei, Dänemark, Holland, Luxemburg, Schweden und die Schweiz. — Eingetragen in die Post-Zeitungs-Preisliste.
Der „Vorwärts" mit der Sonntagsbeilage „Volk u. Zeit" erscheint wochentäglich zweimal, Sonntags und Montags einmal.
Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin".

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Anzeigenpreis:
Die achtgespaltene Nonpareillezeile kostet 13.— M., Teuerungszuschlag 50%. „Kleine Anzeigen", das fettgedruckte Wort 1.— M. (zulässig zwei fettgedruckte Worte), jedes weitere Wort 60 Pfg. Stellengesuche und Schlafstellenanzeigen das erste Wort 65 Pfg., jedes weitere Wort 40 Pfg. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Teuerungszuschlag 50%. Familien-Anzeigen für Abonnenten Zeile 2.— M., politische und gewerkschaftliche - Vereins-Anzeigen 3.— Mk. die Zeile ohne Aufschlag. Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags im Hauptgeschäft, Berlin SW. 68, Lindenstraße 3, abgegeben werden. Geöffnet von 9 Uhr früh bis 5 Uhr abends.

Redaktion und Expedition: SW. 68, Lindenstr. 3.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 15190—15197.

Sonnabend, den 25. September 1920

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., SW. 68, Lindenstr. 3.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 11753—54.

Ernste Ernährungslage.

Teilweise Zwangswirtschaft. Lebensmittelreserven.

Im Zusammenhang mit den Beratungen über die finanzielle Lage nahm der Wirtschaftsausschuß des Reichskabinetts, der unter dem Vorsitz des Reichswirtschaftsministers tagte, die Beratung des Wirtschaftsprogramms auf. An die Spitze wurde die Erörterung der Ernährungslage gestellt. Auf Wunsch des Ausschusses gab der Reichsernährungsminister zunächst eine Uebersicht über die Lage und die Aussichten für den kommenden Winter, die als Grundlage für die weiteren Beratungen dienen sollte. Wegen ihres allgemeinen Interesses beschloß der Ausschuß, den wesentlichen Inhalt dieser Ausführungen zu veröffentlichen. Der Ernährungsminister trug in der Hauptsache folgendes vor:

Das System der Erfassung und Verteilung aller wichtigen Nahrungsmittel, das während des Krieges gute Dienste geleistet hat, ist im Laufe der Jahre und im Zusammenhang mit dem Rückgang der allgemeinen Moral und der Staatsautorität in erheblichem Grade abgenutzt worden. Die infolgedessen im Laufe des Sommers unter Zustimmung vieler Länder eingeleitete Umstellung der Ernährungswirtschaft auf einzelnen Gebieten entspricht der Ueberzeugung weitester Kreise, besonders auch großer Verbraucherorganisationen. Auf den Gebieten jedoch, auf denen

die öffentliche Bewirtschaftung noch unbedingt notwendig

und durchführbar ist, wird und muß die Regierung die staatlichen Machtmittel mit um so größerer Schärfe zur Anwendung bringen. Dies gilt besonders für Getreide, Milch und Zucker.

Wenn auf anderen Gebieten, insbesondere bei Kartoffeln und Fleisch, infolge der zunehmenden und heute unüberwindbaren Schwierigkeiten, die sich der Durchführung der Zwangswirtschaft entgegenstellen, der freie Verkehr wieder hergestellt wird, so muß die Regierung die Preis- und Marktverhältnisse mit schärfster Aufmerksamkeit beobachten und tatkräftig eingreifen, sobald sich Stockungen und Mißstände ergeben. Handel, Erzeuger und Verbraucher müssen die Regierung unterstützen. Landwirtschaft und Handel haben die Pflicht, für ausreichende Ernährung zu angemessenen Preisen zu sorgen. Die Regierung kann die schwere Verantwortung für die Volksernährung nur tragen, wenn das deutsche Volk seine

Ruhe und Besonnenheit

bewahrt. Die Schwierigkeiten, die beim Uebergang von der gebundenen zur freien Wirtschaft unvermeidlich sind, gleichgültig, ob er heute oder erst später erfolgt, werden durch willkürliche Störungen des Lebensmittelverkehrs und ähnliche Erscheinungen nur verschärft. Alle schöpferischen Kräfte der Selbstverwaltung müssen zu

gemeinsamer Abwehr wucherischer Ausbeutung

wie auch gewerbsmäßiger oder privater Zurückhaltung von Lebensmitteln vereinigt werden. Ein verständnisvolles Zusammenarbeiten sämtlicher Volkskreise, wozu sich in einzelnen Landesteilen bereits Ansätze zeigen, kann viel dazu beitragen, den Uebergang zu erleichtern. Zur Förderung des Ausbaus dieser Bewegung finden in den nächsten Tagen Besprechungen im Reichsernährungsministerium statt. Im übrigen kann ein Urteil über die Wirkung der Wiederherstellung der freien Wirtschaft erst abgegeben werden, wenn die Erfahrungen eines längeren Zeitraumes zu Gebote stehen.

Ein wesentliches Mittel in der Bekämpfung der bevorstehenden Schwierigkeiten sieht die Regierung in der

Schaffung ausreichender Reserven

von Lebensmitteln. Diese sollen dazu dienen, etwaige Stockungen in der Versorgung zu beseitigen und erforderlichenfalls preissenkend zu wirken. Ein besonderer Nachrichtendienst soll die Regierung fortlaufend über die Versorgungslage der einzelnen Bedarfsgebiete unterrichten.

Am 1. Oktober 1920, dem Tage des Außerkrafttretens der Fleischzwangswirtschaft, wird die Reichsfleischstelle über mehr als 70 000 Tonnen Auslandsfleisch, Auslandsspeck und sonstiger Fleischwaren verfügen. Die Auslandsfleischreserve wird ständig auf 30 000 Tonnen erhalten werden, die für drei Monate die bisherige wöchentliche Ausgabe von 125 Gramm Fleisch auf den Kopf der Bevölkerung in den großen Bedarfsgebieten für den Notfall sicherstellen. Daneben schreibt eine am 19. September 1920 erlassene Verordnung die Genehmigungspflicht für das Gewerbe des Viehhandels, den Schlußscheinzwang beim gewerblichen Viehhandel, in gewissem Umfange die Genehmigungspflicht für das Fleischergewerbe und den Aushang der Kleinhandelspreise in den Ladengeschäften vor.

Von der Reichsfettstelle wird vorläufig eine ständige Schmalzreserve von 20 000 Tonnen gehalten. Aus ihr werden neben dem, was der Bevölkerung infolge Zulassung einer kontingentierten Einfuhr durch den freien Handel zur Verfügung stehen wird, die bisherigen Rationen auf dem üblichen Wege weiter ausgegeben werden. Die Regierung wird ihre weiteren Maßnahmen auf diesem Gebiet von der Entwicklung des nunmehr zugelassenen freien Handels abhängig machen.

An Kartoffeln steht aus den Lieferverträgen eine Reserve von 82 Millionen Zentnern zur Verfügung. Hierzu tritt die von der Reichskartoffelstelle sichergestellte Reichsreserve von 20 Millionen Zentnern. Diese mehr als 50 Millionen Zentner bleiben nur unerheblich hinter der Menge zurück, die im Vorjahre von der öffentlichen Wirtschaft für die Bevölkerung zur Verfügung gestellt werden konnte.

Margarine und Kunstspeisefett wird der Bevölkerung im freien Handel in reichlicherem Maße als bisher zugeführt werden.

Die Brotversorgung wird bei dem

sehr ungünstigen Ausfall der Roggenernte

große Schwierigkeiten bereiten. Zu ihrer Sicherung, besonders im Hinblick auf die beschlossene Herabsetzung des Ausmahlungssatzes bedarf es nicht nur der restlosen Ablieferung der inländischen Ernte, die im Notfall mit den schärfsten Zwangsmitteln durchgeführt werden muß, sondern auch einer sehr erheblichen Einfuhr von Auslandsgetreide.

Die Genehmigung zur Einfuhr amerikanischen Mehls, die in den letzten Wochen den Gegenstand lebhafter Erörterungen gebildet hat, kann aus den inzwischen mitgeteilten Gründen nicht erteilt werden. Günstige Einfuhrgelegenheiten durch private Firmen können auch bei der bestehenden Einfuhrorganisation für die Allgemeinheit nutzbar gemacht werden.

Um dem Bedürfnis nach einem besseren Haushaltsmehl entgegenzukommen, ist in Aussicht genommen, eine Wochenmenge von 125 Gramm gering ausgemahlenem, aus Auslandsgetreide hergestelltem Weizenmehl zu den Einstandspreisen der Bevölkerung zuzuleiten.

Im Wirtschaftsausschuß bestand volle Einmütigkeit darüber, daß die öffentliche Bewirtschaftung des Getreides, der Milch, des Milchfettes und des Zuckers bis auf weiteres aufrechterhalten werden müsse. Es wurde zunächst beschlossen, die Kartoffelversorgung der Bergbaubezirke über die Reichsreserve sicherzustellen. Weiter soll versucht werden, die Wucherbekämpfung schärfer und wirkungsvoller zu gestalten. Soweit die deutsche Ernährungswirtschaft auf Zufuhren aus dem Auslande angewiesen ist, kann sie nach Ansicht des Wirtschaftsausschusses nur unter nachhaltiger Mitwirkung der Entente durchgeführt werden. Im Inland hängt ein großer Teil der zukünftigen Gestaltung von dem verständnisvollen Zusammenarbeiten sämtlicher an der Versorgung der Bevölkerung beteiligter Kreise, der Landwirtschaft, des Handels und der Verbraucher ab. Das Ziel dieses Zusammenwirkens muß die Schaffung eines Verbraucherschutzes sein. Die unmittelbare Verbindung zwischen Erzeuger und Verbraucher muß gefördert werden.

Die Arbeiten des Ausschusses werden fortgesetzt.

Im einzelnen beschloß der Ausschuß noch, zur Besserung der Ernährungslage vom 15. Dezember 1920 ab die Einfuhr von Salzheringen innerhalb eines noch festzusetzenden Rahmens dem freien Handel zu überlassen.

*

In einer Besprechung, die in Braunschweig zwischen Vertretern der Regierung, der Landwirtschaft, der Eisenbahner und der übrigen Arbeiter stattfand, wurde von den Vertretern der Eisenbahnergewerkschaften und des Gewerkschaftskartells erklärt, daß 20 Mark pro Zentner das Höchste sein, was die werktätige Bevölkerung für Kartoffeln zahlen könne. Die Eisenbahner müßten unter allen Umständen dafür sorgen, daß **keine Kartoffeln aus dem Lande Braunschweig herauskommen**, bevor nicht die einheimische Bevölkerung versorgt sei. Wenn die Landwirte keine Vernunft annehmen, sich mit einem Höchstpreise von 20 M. für den Zentner einverstanden zu erklären, würden am Sonnabend in Braunschweig die Fabriken stillstehen und die Arbeiter sich die Kartoffeln zum Preise von 20 M. vom Lande selbst holen.

Oeffentliches Gut verramscht!

Die Hauptwache der Berliner Feuerwehr verkaufte am Freitag aus ihren Beständen an einen Althändler namens Levin, Invalidenstraße 51, neben allerlei ausrangierten Dingen, wie Alteisen, Stiefel, Fangleinen, auch 151 Stück Aexte. Es handelt sich dabei um sogenannte Paradeäxte, die beispielsweise bei Beerdigungen von den Feuerwehrleuten mitgeführt werden. Die Aexte sind nach den Aussagen unseres Gewährsmannes durchweg fast neu und noch nie im Feuer gewesen. Für diese Gegenstände, die aus erstklassigem Material (Stahl und Eichenstiel) hergestellt sind, soll der Althändler pro Stück sage und schreibe fünfzig Pfennig gezahlt haben. Dabei ist zu bemerken, daß die im Gebrauch befindlichen Aexte zum großen Teil schon sehr stark mitgenommen sind. Ferner soll derselbe Althändler bezahlt haben für 100 Kilo Alteisen 5,50 M., für alte Stiefel pro Paar 6 Mark und für Fangleinen pro Kilo 75 Pfennig. Dem Beamtenrat, der sich wegen dieser Verschleuderung von Gegenständen, die aus Mitteln der Allgemeinheit bezahlt werden müssen, an den Branddirektor wandte, wurde bedeutet, daß ihn das nichts anginge.

Das letzte Wort in dieser herrlichen Betätigung der vom Reichsfinanzminister dringend geforderten Sparsamkeit ist noch nicht gesprochen; zunächst wäre der Schuldige wohl in einen streng beaufsichtigten Erholungsurlaub zu schicken, sonst verramscht er am Ende in seinem Eifer noch ein paar Dampfspritzen für je einen Magistrats-Fünfziger!

Die rote Gewaltherrschaft.

Von Franz Krüger.

Der Kampf um den Berliner Magistrat hat sich nachgerade zu einem Kampf gegen unsere Berliner Parteiorganisation ausgewachsen. Der Entschluß, in der Berliner Kommunalverwaltung mit den Unabhängigen grundsätzlich zusammenzuarbeiten und dementsprechend auch einen neuen Magistrat zu bilden, der in seiner Mehrheit aus Vertretern dieser beiden Parteien bestehen soll, hat uns von bürgerlicher Seite den Vorwurf eingetragen, daß wir uns völlig unter das Joch der Unabhängigen gebeugt hätten und nach deren Diktat handelten. In immer stärkerem Maße sind aber auch Stimmen aus der Partei laut geworden (Genosse Heilmann in der „Sozialistischen Korrespondenz", Genosse Scheidemann usw.), die sich sehr abfällig und mißbilligend über die von unserer Partei in Berlin betriebene Kommunalpolitik äußern.

Daß die Berliner auch in unserer Partei nicht sehr angesehen und beliebt sind, ist Tatsache und daraus zu erklären, daß leider zu häufig großschnäuzig-hohle Phrasendrescherei Trumpf gewesen ist. Deshalb findet jede Kritik an den Berlinern immer bereitwilligst Beifall, obwohl es an manchen anderen Orten nicht besser aussieht, während es niemand einfällt, demgegenüber auch die guten Leistungen der Berliner Parteigenossen anzuerkennen. Als während des Kapp-Putsches in verschiedenen Teilen des Reiches unsere Parteigenossen mit Unabhängigen und Kommunisten zusammen „Diktatur des Proletariats" spielten, wurde ohne viel Worte darüber hinweggegangen. Als die Berliner Parteigenossen, deren großes Verdienst an der Niederwerfung des Kapp-Putsches historische Tatsache ist, durch die bekannten acht Punkte versuchten, Sicherungen gegen die Wiederkehr ähnlicher Zustände zu schaffen, schrie man nicht nur in bürgerlichen Kreisen über „Berliner Diktatur", sondern auch in unserer Partei fanden sich, besonders aus Süd- und Westdeutschland, sehr kritische Stimmen gegen unser Vorgehen. Wäre man damals nur energischer auf den Boden unserer acht Punkte getreten, wir hätten uns manche unliebsame spätere Erfahrung sparen können. Wir haben auch in Berlin noch nicht, wie an anderen Orten, Wahlbündnisse mit den Unabhängigen geschlossen und gemeinsame Fraktionen gebildet.

Als die Unabhängigen die Teilnahme an der Reichsregierung ablehnten, wurden ihnen von unserer Partei mit Recht die schwersten Vorwürfe gemacht, und die rein negative Politik der U. S. P. bildet seitdem eins unserer hauptsächlichsten Argumente gegen sie. Jetzt, wo wir aber in Berlin ernsthaft den Versuch machen, die Unabhängigen zu positiver Mitarbeit zu bringen, soll auch das wieder ein Verbrechen sein. Daß auch die preußische Landtagsfraktion dem Berliner Vorgehen ablehnend gegenübersteht, zeigt wohl am besten die Tatsache, daß sie ausgerechnet den Genossen Heilmann in der Landesversammlung zu dieser Frage sprechen ließ, der einer der enragiertesten Kämpfer gegen diese Berliner Kommunalpolitik ist. Daß seine „Verteidigungsrede" von den bürgerlichen Parteien nicht ernst genommen wurde, ging aus jedem Wort in deren Reden hervor.

Es sind in der Hauptsache zwei Argumente, die gegen das Berliner Vorgehen eingewendet werden. Einmal soll es falsch sein, nur besoldete Stadträte zu wählen, zweitens soll es noch falscher sein, die bürgerlichen Parteien aus dem Magistrat auszuschließen.

Die Frage, ob der Magistrat aus 30 besoldeten oder aus 18 besoldeten und 12 unbesoldeten Stadträten bestehen soll, ist viel weniger eine grundsätzliche als eine praktische Frage. Daß in einem Gemeinwesen wie Berlin niemand neben seiner Berufstätigkeit noch ein Stadtratsamt versehen kann, dürfte keines Beweises bedürfen, da es schon bisher nicht möglich war. Man müßte also zu unbesoldeten Stadträten nur reiche Rentner wählen, oder die Sozialdemokratie müßte ihre Vertreter aus eigenen Mitteln besolden. Der eine Zustand ist so ungesund wie der andere. Wenn die Bürgerlichen sich so sehr für die Wahl unbesoldeter Stadträte einsetzen, so doch lediglich aus den Gründen, weil dabei das Proportionalwahlsystem angewendet werden muß und sie dadurch eine Anzahl Vertreter sicher erhalten. Fachliche Gesichtspunkte spielen dabei gar keine Rolle.

Merkwürdig ist es, wie immer wieder die Behauptung auftauchen kann, daß die bürgerlichen Parteien aus dem neuen Berliner Magistrat völlig ausgeschlossen seien. Tatsächlich wird der neue Berliner Magistrat unter 30 Mitgliedern mindestens 7 bis 8 Bürgerliche enthalten. Dabei hat die sozialistische Mehrheit der Stadtverordnetenversammlung sich bemüht, wirklich tüchtige Kräfte zu gewinnen. Wenn die bürgerlichen Parteien dagegen einwenden, daß diese Vertreter ja nicht auf ihren Vorschlag gewählt seien, so bringen sie damit nur zum Ausdruck, daß sie bei diesen Wahlen eben nicht fachliche, sondern politische Gesichtspunkte in die erste Reihe stellen, also das tun wollen, was sie jetzt den sozialistischen Parteien vorwerfen.

Nun vertreten auch einzelne unserer Genossen den Standpunkt, daß die Zusammensetzung des Berliner Magistrats genau der Stärke der sämtlichen Fraktionen

in der Stadtverordnetenversammlung entsprechen müsse. Das allein soll wahre Demokratie sein. Weshalb das nun gerade in Berlin, nicht aber auch in anderen Orten und weshalb dasselbe nicht auch bei der Reichsregierung und den einzelstaatlichen Regierungen gelten soll, ist mir unerfindlich. Aber selbst wenn der ganze Magistrat nach dem Verhältniswahlsystem aus Vertretern aller Parteien zusammengesetzt werden würde, so würde er eine klare sozialistische Mehrheit haben. Daß er dann aber mehr Fähigkeit aufweisen würde, nur weil er auch einige Deutschnationale umfaßt, kann nur derjenige behaupten, der die Zugehörigkeit zu einer bürgerlichen Partei schon an sich als einen genügenden Befähigungsnachweis betrachtet. Die Vorliebe der Bürgerlichen für die Wahl unbesoldeter Stadträte geht darauf aus, daß sie neben ihrem Anteil an diesen in der Hauptsache die besoldeten sogenannten Fachstadträte stellen möchten, da ja Bauräte, Medizinalräte, Schulräte usw. mit sozialdemokratischer Gesinnung niemals „tüchtig" sein werden. Auf diese Weise hoffen sie, eine bürgerliche Mehrheit im Magistrat zu erhalten, und das ist das Ziel ihrer Bestrebungen.

Die Kritiker in unserer Partei müßten sich also vor allen Dingen darüber klar werden, ob sie trotz der sozialistischen Mehrheit der Stadtverordnetenversammlung einen in seiner Mehrheit bürgerlichen Magistrat wünschen. Die Bedenken, die gegen die Fähigkeit der sozialistischen Stadtratskandidaten vorgebracht werden, halte ich nicht für stichhaltig. Die unserer Partei angehörenden Fach- und sonstige Stadtratskandidaten halte ich ausnahmslos für mindestens ebenso tüchtig, wie 90 Proz. der bürgerlichen Vertreter, die in ähnlichen Stellungen in städtischen und Staatsverwaltungen tätig sind. Gegen einige der unabhängigen Kandidaten habe ich gewiß auch, nicht nur der sachlichen Befähigung wegen, sondern vor allen Dingen auch wegen ihrer politischen Stellung, die vielleicht etwas stark mit den kommunistischen Anschauungen liebäugelt, lebhafte Bedenken. Aber die bestehenden Disziplinarvorschriften geben unschwer die Möglichkeit, unfähige Stadträte aus ihrem Amt zu entfernen. Und darüber sind während der Verhandlungen die Unabhängigen in keinem Zweifel gelassen worden, daß wir uns ihnen nicht auf Leben und Untergang verschreiben. Die von den beiden Parteien gemeinsam zu betreibende Politik muß auch nach unserer Ueberzeugung zu rechtfertigen sein, wenn wir nicht in die Lage gebracht werden sollen, den Unabhängigen die Freundschaft und das Bündnis zu kündigen. Wir haben in Berlin in der Vergangenheit den Unabhängigen gegenüber mindestens soviel Rückgrat gezeigt, als irgendein anderer Parteiort.

Was haben denn die Bürgerlichen auf dem Gebiete der mit so großem Geschrei angekündigten Fachministerien im Reiche geleistet? Herr Hermes, der sich durch eigene Rücksichtslosigkeit und mit Hilfe des Zentrums zum Ernährungsminister emporgeschwungen hat, hat bisher weder eine bessere Lebensmittelversorgung noch eine Senkung der Preise herbeiführen können. Der Wirtschaftsminister Scholz steht der immer mehr anschwellenden Wirtschaftskrise mit ihrer Arbeitslosigkeit hilf- und ratlos gegenüber, wie selbst die „Vossische Zeitung" vor einigen Tagen anerkannte, und irgendwelche Leistungen des Herrn v. Raumer als Reichsschatzminister aufzuweisen, werden auch seine besten Freunde nicht in der Lage sein. Nach diesen Erfahrungen haben wir, glaube ich, alle Veranlassung, die bürgerliche Koalition ganz nicht noch zu steigern, indem wir selbst den Anschein erwecken, als ob fähige Kräfte bei uns überhaupt nicht, bei ihnen aber in Massen vorhanden sind. Etwas mehr Selbstachtung und Selbstvertrauen!

Unsere jetzige Politik in Berlin ist eine politische Notwendigkeit. Wir können nur zu gesünderen politischen Verhältnissen kommen, wenn den radikalisierten Massen gezeigt wird, daß entweder die Unabhängigen keine positive Arbeit leisten wollen oder daß sie nicht imstande sind, besseres zu leisten als wir. Nicht nur Berlin, sondern das ganze Reich wäre in höchstem Maße gefährdet, wenn es den Unabhängigen gelungen wäre, in der Situation der unverantwortlichen schrankenlosen Kritik auch weiterhin zu bleiben. Unsere Politik ist aber auch sachlich unbedenklich, weil der jetzt zustandegekommene Magistrat nicht weniger tüchtig sein wird, als ein nach den Wünschen der Bürgerlichen gebildeter, der nach dem Verhältniswahlsystem ebenfalls eine sozialistische Mehrheit haben würde.

Franzosengeld für Bayern?

Der Londoner „Daily Herald" veröffentlicht folgendes Telegramm seines Berliner Korrespondenten:

„In sozialistischen Kreisen mißt man der Nachricht große Bedeutung bei, daß ein royalistischer Putsch sowohl in Bayern wie auch in Ostpreußen bevorsteht. Es ist wiederholt im „Daily Herald" darauf hingewiesen worden, daß in München ein großes Schützenfest der Einwohnerwehren abgehalten werden soll. Man fürchtet, daß diese Gelegenheit dazu benützt werden soll, um einen Staatsstreich vorzubereiten.

Man könnte geneigt sein, diesem Gerücht gegenüber skeptisch zu sein, wenn nicht die Tatsache nachgewiesen wäre, daß die französische Regierung die Vorgänge in Bayern und in den anderen süddeutschen Staaten mit der größten Aufmerksamkeit verfolgt. Paris fährt fort, Bayern als einen Sonderstaat zu betrachten und unterhält einen regulären Gesandten in München. Frankreich betrachtet Bayern bereits als offiziell von den militärischen Bedingungen des Versailler Vertrages befreit, denn es hat endgültig das Fortbestehen der weißgardistischen Organisationen gestattet, die ihre Aufgabe darin sehen, einen reaktionären Ring rings um die Industriezentren Preußens und Norddeutschlands zu schaffen. Ferner ist aus besonders informierter Quelle festzustellen, daß die französische Regierung den bayerischen weißen Garden finanzielle Unterstützung gewährt hat und damit Hindenburg und Ludendorff mittelbar in ihre Dienste gebracht hat.

Gegenwärtig fürchtet die bayerische Reaktion offen mit Preußen zu brechen, weil Bayern augenblicklich für den kommenden Winter noch in Abhängigkeit von den Ruhrkohlenlieferungen ist. Der Plan für einen Staatsstreich in Bayern muß deshalb in engem Zusammenhang mit den französischen Absichten auf das Ruhrgebiet gebracht werden. Die preußische Regierung hat den französischen und bayerischen Reaktionären in den letzten Wochen in die Hände gearbeitet, dadurch, da sie versäumt hat, der bayerischen Industrie die für ihre Arbeit nötigen Kohlen zu senden.

*

Soweit „Daily Herald". Die preußische Regierung hat aber mit den Kohlenlieferungen für Bayern nichts zu tun und wenn Bayern schlecht versorgt ist, so ist das eine Folge des Kohlenabkommens von Spa. Nicht die preußische, sondern die französische Regierung fördert Deutschlands Zertrümmerung, indem sie die Kohle aus dem Lande zieht und um den verbleibenden Rest einen Kampf aller gegen alle entfacht.

Die Behauptung des englischen Blattes, daß Frankreich den Kampf der bayerischen Einwohnerwehren gegen die von ihm selbst offiziell geforderte Entwaffnung heimlich mit Geld unterstützt, ist ungeheuerlich.

Was tun die französischen Sozialisten?

Ungegorene Gedanken.

Dem Reichswirtschaftsministerium steht gegenwärtig ein Mitglied der „Rote-Kettensprenger-Partei" vor, die bekanntlich den Wählern den Wiederaufbau des Deutschen Reiches versprochen hat. Bisher hatte man von der Tätigkeit dieses Aufbauers nur sehr wenig in der Oeffentlichkeit erfahren. Er hat die Vereinbarungen von Spa mitschlucken müssen und er muß mitansehen, daß immer weitere Betriebe der deutschen Industrie stillgelegt oder auf halbe Arbeitsration gesetzt werden. Das große Programm des „Wiederaufbaues", das in den Wählerversammlungen eine Rolle spielte, ist immer noch nicht bekannt geworden.

Jetzt aber tauchen plötzlich in der Presse Mitteilungen über geheimnisvolle „Gedanken" auf, die angeblich im Reichswirtschaftsministerium gewälzt werden. Unter anderem wird versichert, es werde die Frage erwogen, die sogenannte Girozentrale, die bisher hauptsächlich die Bankgeschäfte der Kommunen erledigt hat, auszubauen in der Weise, daß sie die Kreditgewährung für die Industrie mit übernehmen könne. Man will also die aus den städtischen Sparkassen stammenden Millionen der kleinen Sparer der Industrie dienstbar machen. Es handelt sich hierbei nicht etwa um fertige Projekte, die auch nur soweit gereift wären, um die Form einer Denkschrift oder gar einer Gesetzesvorlage anzunehmen. Vielmehr ist das Ganze nur eine Gedankenspielerei des jetzigen Ministers, der früher als Oberbürgermeister Vorsitzender der Girozentrale gewesen ist. An sich würde der Gedanke, die kommunalen Girokassen in den Dienst der Produktion und ihrer Belebung zu stellen, nicht ohne weiteres abzulehnen sein, vorausgesetzt, daß dadurch ein nicht nur finanzieller Einfluß auf die Industrieunternehmungen gewonnen werden kann.

Aber es handelt sich, wie schon gesagt, um Gedanken, die einstweilen noch unausgegoren sind und Herr Scholz wird sehr erstaunt darüber sein, daß diese seine geheimen Einfälle in die Oeffentlichkeit getragen werden.

In gleicher Weise unfertig ist ein anderer Gedanke, der ebenfalls in der Oeffentlichkeit behandelt wird und angeblich im Reichswirtschaftsministerium sehr ernsthafte Erwägung findet. Es soll beabsichtigt sein, in Deutschland das sogenannte „Arbeitsdienstjahr" einzuführen, mit dem augenblicklich Bulgarien einen Versuch macht. Jeder, ob reich oder arm, soll danach zu einem Arbeitsdienstjahre verpflichtet sein. Diese Frage geht die Arbeiterschaft in sehr erheblichem Maße an und wir zweifeln nicht, daß ihre Organisationen alsbald und sehr energisch zu ihr Stellung nehmen werden, sobald sie einmal greifbare Gestalt annehmen sollte. Einstweilen scheint uns die ganze Erörterung ziemlich überflüssig. Der Gedanke ist gerade für das Reichswirtschaftsministerium um so verwunderlicher, als dort doch hinlänglich die Tatsache bekannt sein sollte, daß augenblicklich die Zahl der Arbeitslosen so ungeheuer groß ist, daß Staat und Reich nicht einmal die Mittel zu ihrer Unterstützung in dem Maße aufbringen können, wie es notwendig wäre. Es trifft sich seltsam, daß an dem gleichen Tage, da diese „gärenden Gedanken" des Herrn Scholz in der Presse erörtert werden, die von seinem Fraktionsgenossen Rippler geleitete „Tägliche Rundschau" von ihrem Dresdener Mitarbeiter einen Bericht über die Arbeitslosigkeit in Sachsen erhält, worin es heißt, diese sei so groß, daß in Plauen fast ein Viertel aller Einwohner arbeitslos sei, davon 5000 Personen schon über 26 Wochen!

Jeder Arbeitsnachweis auch in Preußen wird dem Reichswirtschaftsminister ähnliche Tatsachen mitteilen können. Und in dieser Zeit, da man nicht weiß, wo man die Arbeitslosen unterbringen kann, da sehr viele Betriebe nur halbe oder doch sehr verkürzte Arbeitszeit haben, kommt Herr Scholz mit dem Gedanken, einen Zwangsarbeitsdienst einzuführen. Das ist das Einzige, was von dem Wiederaufbauprogramm der „Kettensprenger" greifbare Gestalt annimmt. Es ist so wenig, daß die Urheber politisch längst tot sein müßten, wenn Lächerlichkeit töten könnte.

Neuwahlen in Sachsen.

Dresden, 24. September. Das Gesamtministerium hat in seiner heutigen Sitzung die Landtagswahlen für den Freistaat Sachsen auf den 14. November d. J. festgesetzt.

Ein Fachmann und Christ muß es sein!

Von Alfred Moeglich.

Ich kenne den Genossen Löwenstein nicht, der Oberschulrat von Berlin werden soll. Ich muß gestehen, ich kenne auch seine pädagogischen Schriften nicht; wer kann alles lesen? Aber ernste und modern fühlende Menschen haben mir versichert: Er ist ein ganzer Kerl und ein geborenes Erziehungsgenie. Wenn dem so ist, wäre das gerade genug, um eine solche Riesenaufgabe übernehmen zu können, wie sie in dem Berlin der Zukunft seinem verfahrenen und verfahrenen Schulwesen gestellt ist.

Aber die Leute von gestern, die Hakenkreuzer und Betschwestern in der Stadtverordnetenversammlung wollen kein pädagogisches Genie haben. Alles, was über den Durchschnitt ragt, ist diesen geistig Be—scheidenen ein Greuel. Genie hin — Genie her: „Ein Fachmann und Christ muß es sein!" So schrieb wörtlich eines ihrer führenden Organe.

Ein Fachmann und Christ? — Ich muß stutzen, wenn ich die Geschichte der Pädagogik an mir vorüber ziehen lasse: Diese lebendige Galerie der auserlesensten Denkertypen. Wer seid ihr, ihr schwankenden Gestalten, für unsere ach so geistesarme Gegenwart? Ach, eure Namen haben Weltruf gewonnen. Wo Menschen über Erziehungsprobleme nachgedacht, da ist man immer wieder auf euch zurückgekommen. Nachdem ihr einst eure ehernen Fundamente hingelegt, ist wesentlich Neues nicht hinzugekommen. Das Wesen des Genies leuchtet noch heute aus all eurem Tun und Treiben. Wer seid ihr? Waret ihr rechte „Fachmänner" und rechte „Christen"? — ihr alle: Basedow und Salzmann, Comenius und Ratichius, Rousseau und Pestalozzi?

Du, wackerer Basedow vom Dessauer Philanthropin: Famulus eines Arztes, Gelegenheitsdichter, Stundengeber und halbgebildeter Theolog — du warst weder ein geschulter „Fachmann", noch ein anständiger „Christ", und hattest deine böse Fehde mit den Hamburger Pfaffen Winkler und Göze, und vom Abendmahl wurdest du samt deiner Familie ausgeschlossen: aber trotz allem hast du der Pädagogik neue Bahnen gebrochen; du warst ein pädagogisches Genie ohne den „Studienassessor" und „Geheimen Studienrat"!

Und du, wackerer Gotthilf Salzmann vom Schnepfenthaler Pädagogium: Du stiller Pfarrkandidat und Bauersmann — auch du warst kein geschulter „Fachmann" und lerntest die Erziehung rein praktisch an deinen eigenen Kindern, und warst auch kein normaler „Christ", denn du lagst mit deinen frommen Amtsbrüdern ständig in den Haaren, weil sie nach ihrer Meinung allein das richtige Christentum hatten: aber du schriebst dein „Krebsbüchlein" und dein „Ameisenbüchlein" und schufst dein Schnepfenthaler Schulparadies, der Pädagogik neue Bahnen brechend — ein pädagogisches Genie!

„Und du, mißratener Günstling der Musen, J. J. Rousseau, den deine Verehrer neben Sokrates und Buddha stellen, Kupferstecher du und Abenteurer, Klosterzögling und herrschaftlicher Bedienter, Klavierlehrer und Notenschreiber — auch du kein geschulter „Fachmann", nicht einmal ein miserabler „Christ", sondern vom Pariser Erzbischof wegen deiner freireligiösen Ansichten in der „Neuen Heloise" verdammt und zu Gefängnis verurteilt: ach, trotz allem schriebst du wie im Traum deinen revolutionären Erziehungsroman „Emil", der die damalige pädagogische und Gelehrtenwelt in einen förmlichen Taumel versetzte und einem Kant, Schiller und Goethe schlaflose Nächte machte. Wahrlich, du hattest nie die abgestempelte Laufbahn eines preußischen Studienrats durchgemacht und doch sämtlichen Geheimen und Nichtgeheimen Studienräten, die Studienassessoren inklusive, blendende Raketen in das Dunstgewölbe ihres pädagogischen Horizonts geworfen, an deren Glanz sie ewig zu zehren haben — Bahnbrecher du, ach, mehr als das: pädagogischer Revolutionär, uferloses pädagogisches Genie!

Und endlich du, König im Reich der Kinderweltfragen, Pestalozzi: du schlechter Theologe, der bei der ersten Predigt stecken bleibt und zum Jus umsattelt, dann Landwirt und Geschäftsmann wird, Hab und Gut verliert und schließlich in das Geheimnis der Kinderseele untertaucht, um nie mehr von den Kleinen loszukommen — du am allerwenigsten geschulter „Fachmann", und auch dein Christentum war nicht weit her, weil es mehr praktisch und weniger theologisch war: aber trotz allem flog dein Name über den Weltball wie der der Allergrößten ihrer Zeit. Es gibt keinen Lehrerverein, der nicht heute noch deinem Namen huldigt, und wo es an den innersten Nerv des großen Erziehungsgeheimnisses geht, da klingt es an den Meister von Neuhoff, Burgdorff, Münchenbuchsen und Ifferten an. Ohne Pestalozzi ist Erziehungsarbeit gar nicht zu denken, und wer heute von der „Arbeitsschule" spricht, wird sich an Pestalozzi erinnern müssen. Mehr als ein Bahnbrecher warst du, der Lehrer schlechtweg, ein pädagogisches Genie!

Unter den „fachmännischen" deutschen Schulräten gibt es sehr, sehr viele ehrenwerte Herren, tüchtige Organisatoren auch, feste Charaktere, klare Köpfe. Auf diesen und jenen wohl, der „modern" denkt und den „Sinn der Zeit" versteht. Aber das alles braucht eigentlich Groß-Berlin nicht. Es braucht mehr: einen schöpferischen Geist vom Schlage eines Basedow und Pestalozzi, und gesalbt mit einem guten Tropfen Rousseauschen Oeles. Das „Fachmännische", das besorgen schon die andern: die Schulinspektoren, die Rektoren, die Intelligenz der Lehrerschaft in ihrer Totalität. Das ist zum guten Teil Kleinarbeit, Kärrnerarbeit im besseren Sinne des Wortes. An der Spitze aber stehe ein pädagogischer Denker, eine produktive Genialität ....

Ob Löwenstein das ist, die Zeit wird es erweisen ————

„Alte und neue Meister nebeneinander". Ueber ein interessantes Museumsexperiment berichtet Dr. E. Waldmann in der „Köln. Ztg.": Die Bremer Kunsthalle eröffnete vor einigen Tagen eine Ausstellung unter dem Titel: „Alte und neue Meister nebeneinander." In ihren Ausstellungsräumen ist. Der Bestand an alten Bildern der Galerie mit Bildern des 19. Jahrhunderts auf beiden Gebieten kräftig ergänzt durch Leihgaben aus bremischem Privatbesitz, durcheinandergehängt. Um zu probieren: Wie sieht das Beste aus dem 19. Jahrhundert neben und in Konkurrenz mit Bildern des 16. und 17. Jahrhunderts aus? Daß Leibl, wenn man ein Bild von ihm mit einer Landschaft von Ruisdael und einer Genreszene von Terborch flankiert, wie unter seinesgleichen aussieht, war kein Geheimnis. Aber daß eine Wand, auf der in der Mitte das Prunkstück von Largillière „Familiengruppe" hängt, in abwechselndem Nebeneinander Edouard Manets Astrue und de Heems festliches großes Stilleben, Courbets Blumenkorb und Gérard de Lairesses Vanitas so aufnehmen kann, daß der Laie gar nicht und der Fachmann nur schwer auf den Gedanken kommt, dies seien nun Werke aus drei verschiedenen Jahrhunderten, dies war nicht zu erwarten und bedeutet eine kleine Ueberraschung. Große Kunst ist zeitlos, und man kann Bilder aus allen Epochen, wenn sie nur gut sind, und wenn sie den Anflug aufregender Aktualität, der allem Gegenwärtigen anhaftet, erst einmal abgestreift haben, unbedenklich nebeneinanderhängen.

Um unsere Museen zu beleben, sollten ähnliche Versuche, die hohen Genuß und instruktive Vergleichsmöglichkeiten bieten können, auch anderswo in Wechselausstellungen angestellt werden. Alle Mittel, die die schematische Starre unserer Museen aufzulockern imstande sind, müssen angewandt werden.

Das Thema von der erdolchten Front behandelt u. a. ein Roman von Heinrich Neuenhagen, „Front und Frau" betitelt, der im Verlage der Buchhandlung Vorwärts (Berlin) erschienen ist. Ein Kriegsfreiwilliger — kein jugendlicher Brausekopf mehr, sondern einer von jenen Alten, die schon an der Grenze des Wehrpflichtalters standen — ist begeistert zu den Fahnen geeilt. Aber der preußische Drill treibt ihm rasch seinen warmherzigen Patriotismus aus. Die menschenunwürdige Behandlung auf dem Kasernenhofe, die Schleiferei im Rekrutendepot, die Hölle des Schützengrabens wandeln seine flammende Vaterlandsliebe bald in das Gegenteil. Aus dem Militaristen wird ein Revolutionär. Wie diese Wandlung vor sich ging, das ist in schlichter, eindringlicher Weise erzählt. Diese Erlebnisse eines Kriegsteilnehmers sollten in recht viele Hände kommen; gar mancher wird sein eigenes Schicksal in den Blättern dieses Buches widerspiegeln sehen. —n.

Gerhart Hauptmann im Kleinen Theater. Gerhart Hauptmann hat seine „Griselda" in einer neuen vieraktigen Lustspielfassung dem Kleinen Theater zur Aufführung übergeben. Lucie Höflich spielt die Titelrolle.

Museumsführungen. Am Sonntag, 26. Sept., und 3. Oktober, 9½—11 Uhr, findet je eine öffentliche Führung in der Aegyptischen Abteilung im Neuen Museum durch einen Direktorialbeamten statt. Eintrittskarten (zusammen 1 M.) beim Pförtner vor Beginn der Führung.

Wilhelm Bölsche spricht am Sonntag, mittags 12 Uhr in der Hochschule für Musik, Fasanenstraße 1, über: „Alter, Tod und Verjüngung in der Natur".

Erfinderwesen. Die 3. Jahresversammlung der Gesellschaft zur Errichtung eines deutschen Erfinder-Instituts findet in den nächsten Tagen in Kassel statt. Sie beginnt Sonntag, den 26. September.

Groß-Berlin

Vom Bau der Nordsüdbahn.

Der Berliner Magistrat hatte die Vertreter der Presse zu einer Besichtigung des Baues der Nordsüdbahn eingeladen. Wir haben über den Bau dieser jüngsten der Berliner Schnellbahnlinie schon wiederholt berichtet, so daß wir unseren Lesern nur einiges Wissenswerte aus dem Vortrag, den der Schöpfer dieses Bauwerks Geh. Baurat Krause einleitend hielt, wiedergeben.

Die Bahn führt bekanntlich von der Seestraße bis zum Belle-Alliance-Platz und soll dort später nach Neukölln und Tempelhof weitergeführt und im Norden bis nach Tegel ausgebaut werden. Die auf Berliner Gebiet liegende Strecke hat eine Länge von 10,3 Kilometer, die in rund 22½ Minuten durchfahren werden kann und 16 Stationen enthält. Die Kosten wurden in Friedenszeiten auf 81,17 Millionen Mark veranschlagt. Ein Kilometer der Bahn kostet danach 7,7 Millionen Mark. Heute dürften sich die Baukosten auf rund 400 Millionen Mark belaufen.

Die Differenz, die zwischen den Kosten der bereits bestehenden Hoch- und Untergrundbahnen, die pro Kilometer 5 Millionen Mark betrugen, besteht, erklärt sich aus mancherlei Umständen, vor allen Dingen daraus, daß die ganze Bahn als Untergrundbahn gebaut wird. Schon allein die Verlegung der Rohrleitungen in den Straßenzügen kostete pro Kilometer über eine Million Mark. Auch dadurch, daß die Straßen meist Asphaltpflaster hatten, verteuerte sich der Bau gewaltig, da der Asphalt nicht wie Steinpflaster wieder verwendet werden kann. Weiter waren eine ganze Reihe Hindernisse zu überwinden und besonders schwierige Bauwerke unter der Erde auszuführen.

Die Bahn kreuzt vier Wasserläufe, von denen die Spree und der Landwehrkanal in 75 bzw. 30 Meter Länge und 11,9 bzw. 9,50 Meter Tiefe unter dem Wasserspiegel von der Bahn unterfahren werden müssen. Besonders schwierig und teuer ist der Bau der Spreeunterführung. Die Weidendammer Brücke mußte vorübergehend abgebrochen und zwei eiserne Notbrücken gelegt werden.

Interessant ist die bei der Untertunnelung der Spree angewandte Baumethode. Im Tagebau wird in drei Bauabschnitten ein seitlich aus Spundwänden und oben aus einer wasserdichten Decke bestehender Kasten hergestellt, unter dessen Schutz unter Wasser durch Grundwasserabsenkung der Tunnel einheitlich zur Durchführung gelangt.

An den Bahnhöfen Wedding und Friedrichstraße muß die Ring- und Stadtbahn unterfahren werden. Zur Sicherung und Aufrechterhaltung des Betriebes müssen die Fundamente der Stadtbahn zum Teil unterfangen und tiefer herabgeführt werden. Ebenso wird die bereits vorhandene Untergrundbahn an der Mohrenstraße und die Hochbahn am Halleschen Tor gekreuzt. Bei der Mohrenstraße geht der Tunnel der Nordsüdbahn unter dem der alten Untergrundbahn hinweg. Am Halleschen Tor machte sich die Beseitigung eines Pfeilers und die Unterfahrung eines Torgebäudes notwendig. Schließlich befinden sich noch zwei Moorstrecken in der Friedrichstraße, von denen eine an der Weidendammer Brücke 60 Meter lang und 29 Meter tief ist, während die andere an der Besselstraße 230 Meter lang und 16 Meter tief ist.

Die Bahnhöfe der Nordsüdbahn haben durchweg Mittelbahnsteige, die 7 Meter breit und 81 Meter lang sind. Die Wagen der neuen Schnellbahn erhalten fünf Abteile, die insgesamt 41 Sitzplätze und 70 Stehplätze aufweisen. Zu jedem Abteil führt eine Tür, die am Führerstand beim Anfahren des Zuges geschlossen wird. Es sind Vorrichtungen angebracht, die Unfälle, wie das Einklemmen einer Hand, unmöglich machen. Jeder Zug besteht aus sechs Wagen, die zusammen mehr befördern als 8 Wagen der Hochbahn. Es wird nur eine Wagenklasse mit Polstersitzen geschaffen.

Fertiggestellt sind bisher die Teile von der Seestraße bis zum Bahnhof Nordring, von der Wöhlertstraße bis zur Weidendammer Brücke, und ein Stück zwischen Mittel- und Behrenstraße. Es besteht die Hoffnung, daß auch der übrige Teil in Bälde seiner Vollendung entgegengeführt wird.

Diese „Vorwärts"-Redaktion!

Wie oft werden unsere Genossen, die als Parteifunktionäre Parteinachrichten an die Redaktion geben, diesen Ausruf getan haben, wenn sie ihre gegebene Notiz entweder verkehrt oder gar nicht im Blatt fanden. Sofort wird eine gebarnischte Beschwerde an den Bezirksvorstand oder an die Preßkommission gerichtet. Sehr oft wird aber auch der Redaktion ganz gründlich die Meinung gesagt, denn nur sie ganz allein ist schuld an allen Fehlern, die passieren.

Wie die Dinge in Wirklichkeit liegen, dafür ein paar Beispiele aus der Praxis: Vor einigen Tagen beschwerte sich ein Abteilungsleiter darüber, daß eine von ihm aufgegebene Versammlungsankündigung unter einer falschen Tagesrubrik veröffentlicht wurde. Auf seine Mitteilung, daß ihm das regelmäßig passiere, antworteten wir, daß sicherlich die Schuld dann bei ihm liege, was der betreffende Genosse natürlich sehr entschieden bestritt. Daraufhin suchten wir uns das von ihm angefertigte Manuskript heraus (wir heben so etwas vorsichtshalber immer einige Tage auf) und siehe da, von einem Datum war in diesem Manuskript überhaupt keine Rede. Da es aber mit der Frühpost einlief, so war der Redakteur zu der Meinung gekommen, daß die Versammlung noch am selben Abend stattfindet, was natürlich nicht der Fall war.

Weiter: Ein Genosse aus einem Vorort führt Beschwerde darüber, daß seine Versammlungsanzeige überhaupt nicht veröffentlicht wurde. Grund: weil auf unserem Redaktionstisch ein kleiner unscheinbarer Zettel lag, der irgend eine Versammlung ankündigte. Es war weder auf diesem Zettel eine Unterschrift noch ein Stempel, noch sonst etwas vorhanden, das darauf schließen lassen könnte, daß es sich um eine Parteiveranstaltung handelt. Natürlich hatte auch hier wieder die Redaktion die Prügel einzustecken.

Das sind nur einige bestimmte Beispiele aus den letzten Tagen. Wie groß ist aber die Zahl der Ankündigungen von Parteiveranstaltungen, in denen jede Datum- oder Zeitangabe fehlt, in denen nicht einmal angegeben ist, in welchem Lokal die Veranstaltung stattfindet. Was sollen da die Genossen auf der Redaktion machen. Der Einsender ist in der Regel nicht zu erreichen. Da bleibt also nichts übrig, als nach bestem Gewissen zu entscheiden. Ist dann diese Entscheidung nicht richtig, so ist das noch lange keine „Sabotage an der Parteiarbeit", wie sich unlängst ein Beschwerdeführer auszudrücken beliebte. Bevor man schnellfertig sein Urteil fällt, sollte man daran denken, ob man auch seine Schuldigkeit voll getan hat. Erst dann ist ein Urteil erlaubt.

Im Interesse unserer Partei ist ein reibungsloses Zusammenarbeiten zwischen Redaktion und Parteifunktionär bitter notwendig. Die Redaktion, davon kann jeder Parteigenosse überzeugt sein, tut ihr möglichstes, um die Agitation erfolgreich zu gestalten. Unmögliches aber soll man nicht von ihr verlangen. Jeder Einsender von Parteinachrichten achte daher darauf, daß das Datum, an dem die Veranstaltung stattfindet, niemals fehlt — z. B.: Sonntag, den 19. September —. Auch vergesse man nicht anzugeben, zu welcher Zeit und in welchem Lokal die Sitzung stattfindet und zuletzt versäume man nicht, daß Manuskript mit seiner Unterschrift und wenn irgend möglich dem Parteistempel zu versehen, denn schließlich kann ja jeder Beliebige Nachrichten einsenden und uns Kuckuckseier ins Nest legen.

Wenn alle Parteigenossen, die mit uns zu tun haben, diese Notwendigkeiten beachten, dann dürften die Beschwerden bald verschwinden, da Irrtümer dann nicht mehr vorkommen werden, wobei allerdings zu berücksichtigen ist, daß auch die Redakteure und technischen Mitarbeiter des „Vorwärts" Menschen sind, und daß Irren menschlich ist.

Mieterhöhung bei laufenden Verträgen unzulässig.

Ein erfolgreicher Streik der Mieterbeisitzer des Mieteinigungsamts Tempelhof hat zu einer für die Spruchpraxis aller Mieteinigungsämter bedeutsamen Entscheidung des preußischen Wohlfahrtsministers geführt. Eine Kammer des Mieteinigungsamtes Tempelhof verfolgte neuerdings die Praxis, die Mietverträge wohl auf ein Jahr zu verlängern, die Höhe der Miete aber nur für ein halbes Jahr, vom 20. Oktober 1920 bis 1. April 1921, festzulegen. In den Kreisen der Hausbesitzer herrscht nämlich die Meinung, daß am 1. April nächsten Jahres eine weitere Erhöhung des Höchstzuschlages erfolgen wird.

Gegen diese Spruchpraxis hat der Mieterbund Tempelhof Einspruch erhoben mit der Begründung, daß die Höchstmietenverordnung ausdrücklich bestimme, daß eine etwaige Erhöhung des Zuschlages auf laufende Verträge keine Anwendung findet. Die neue Spruchpraxis des Mieteinigungsamtes Tempelhof ist offenbar eine Umgehung dieser zum Schutze der Mieter erlassenen Verordnung.

Aus diesem Anlaß kam es bei einer Verhandlung vor der betreffenden Kammer des Tempelhofer Mieteinigungsamtes zum Konflikt. Die Mieterbeisitzer verweigerten ihre Mitwirkung bei einer derartigen Entscheidung und verließen den Saal. Der sofort angerufene Wohlfahrtsminister Stegerwald fällte die Entscheidung, daß die von dem Vorsitzenden der Kammer beliebte Spruchpraxis unzulässig sei und dem Sinne der Höchstmietenverordnung widerspreche. Da auch in anderen Groß-Berliner Mieteinigungsämtern die gleiche unzulässige Spruchpraxis Platz gegriffen hat, wird der ministeriellen Entscheidung auch dort Rechnung getragen werden müssen.

Der Schulunterricht über den neuen Staat.

Der preußische Unterrichtsminister hat folgenden Erlaß über die Umgestaltung des Schulwesens und den neuen staatsbürgerlichen Unterricht ergehen lassen:

Die Umgestaltung des Schulwesens kann erst in die Wege geleitet werden, wenn die gesetzlichen Grundlagen dafür geschaffen werden. Erst dann wird es möglich sein, über die Neugestaltung der Lehrpläne Bestimmungen zu treffen. Das Bedürfnis aber, unsere Schuljugend mit den Grundlagen des neuen Staates vertraut zu machen, ist so dringlich, daß mit dem Beginn dieser Aufgabe nicht länger gezögert werden darf. Es wird daher hiermit folgendes angeordnet: In sämtlichen Lehranstalten für die männliche und weibliche Jugend wird sofort mit der Einführung der Schuljugend in die Reichsverfassung begonnen. Den Lehrkollegien wird anheimgestellt, sich über die Ausgestaltung des Unterrichts schlüssig zu machen. In Betracht kommen die mittleren und oberen Klassen der höheren Schulen, sämtliche Klassen der Lehrer- und Lehrerinnenbildungsanstalten, die Oberstufe der Mittelschulen und die beiden obersten Klassen der Jahrgänge der Volksschulen. Die Einführung erfolgt im Rahmen des Geschichts-, gegebenenfalls auch des Deutschunterrichts, wenn diesem eine größere Stundenzahl zu Gebote steht. Der Lehrstoff des Fachs, dem diese Aufgabe überwiesen wird, ist nach Bedürfnis von Entbehrlichem zu entlasten.

Sonderbeihilfe für Erwerbslose.

Unsere Erwerbslosen seien hiermit auf die Verfügung Nr. 48 vom 20. September 1920 der Erwerbslosenfürsorge Groß-Berlin hingewiesen. Danach erhalten unter Anrechnung der bereits gezahlten Raten der Sonderbeihilfe: a) Stammunterstützungsempfänger mit zuschlagsberechtigten im Haushalt lebenden Angehörigen bei 8—20wöchiger Erwerbslosigkeit 300 M., bei Erwerbslosigkeit über 20 Wochen 400 M., dazu 20 M. für jedes zuschlagsberechtigte Familienmitglied einschließlich Ehefrau. b) Alleinstehende unter 21 Jahren bei 8—20wöchiger Erwerbslosigkeit 100 M., bei Erwerbslosigkeit über 20 Wochen 120 M., über 21 Jahre

Das Licht der Heimat.

22] Von August Hinrichs.

Ach, wie höhnisch das klang. Es war nicht mehr der verheißungsvolle Lebenstakt, den sie anfangs herausgehört hatte, es war ein höhnisches, mahlendes, knirschendes Zerstampfen. Der große Strom Menschen wurde da zerrieben, zermürbt, der freie Wille zerbrochen und gelähmt, die Menschen zu Sklaven gemacht von dem unerbittlichen Getriebe.

Sie wollte nicht — sie wollte nicht!

Das war ein böser Winter für sie. Wenn sie auch ihren Haushalt aufs peinlichste sauber hielt und zwischendurch Dierk, der hier vieles umlernen mußte, bei seinen Schularbeiten half, ihr blieben immer noch Stunden, an denen ihre Hände nichts zu arbeiten hatten. Dann zermarterte sie ihr Hirn mit unfruchtbarem Grübeln und stieß sich immer wieder an der einen harten Notwendigkeit, Geld zu beschaffen.

Der graue, auseinander gefahrene Schmutzhaufen, den die Stadtkinder Schnee nannten, taute auf und zerfloß. Warme, rauschende Regenschauer spülten Straßen und Häuser rein, und auf den frischentstandenen Farben leuchteten die ersten wärmeren Sonnenstrahlen. Meta fühlte die Luft rein und herbe von den Feldern in die Stadt wehen, da riß es sie gewaltsam nach draußen ins Freie.

Sie ging durch die halbbebauten, unfertigen Vorstadtstraßen hinaus, bis sie die offene Landstraße erreichte. Als sie den Blick frei hatte über Aecker und Wiesen hinweg bis zu dem in der Ferne aufsteigenden Waldrande, blieb sie stehen und preßte die Hand aufs Herz. Eine schmerzhafte Sehnsucht nach ihrem eigenen Grund und Boden, nach der armseligen Heidestelle, überwältigte sie. Landleute arbeiteten auf den schwarzen Aeckern, Frauen stemmten sich mit wehenden Röcken gegen den frischen Märzenwind — und sie, sie selbst, stand hier mit müßigen Händen. Draußen lag das Land, die dunkle Erde, der heilige Boden, den sie der Heide abgetrotzt hatten — sie sah, wie die Leute sich im Wind bogen, sie sah Harm, Dierk, sich selbst mühselig arbeiten — und hatte jäh ein heißes Verlangen nach aller Mühsal und Arbeit zurück, ein Verlangen, mit beiden Händen tief hineinzugreifen und zu wühlen in dieser schwarzen, undankbaren, und doch geheimnisvoll alles wieder zu sich zwingenden Erde. Sie stöhnte tief auf und mußte die Zähne zusammenbeißen.

Als sie nach Haus kam, hörte sie schon von weitem die schrille Stimme der Hausmeisterin auf dem Hof. Da hatte ein Haufen Müll an der Mauer gelegen, der lag aufs Pflaster verstreut, der schmale Streifen Erde zwischen Mauer und Pflaster aber war zur Hälfte säuberlich umgegraben. Nun schleuderte die Hausmeisterin mit den Füßen den Müll wieder auf den frischgegrabenen Erdstreifen und schimpfte, schlug auf einen Jungen los, der auf der umgegrabenen Erde stand und mit seinem Spaten trotzig den zurückfliegenden Kehricht abwehrte. Mit verbissener Zähigkeit hielt er den Schimpfreden und den Stößen, die sie begleiteten, unbekümmert stand, warf den Schmutz zurück und stemmte mit gebogenem Rücken seinen Spaten in die steinige Erde.

„Dierk!" Mit einem Ruck riß Meta ihren Jungen zur Seite. Streit mit den Hausleuten war ihr ein Greuel. Sie zog Dierk in die Wohnung. Sie begriff ihn nicht, wie kam er auf solche Streiche? Strenge fuhr sie ihn an: „Was soll das?"

Er schwieg, aber als sie heftig weiterschalt, sah er sie an: „Ich wollte nur —" er schluckte — „einmal wieder graben, Mutter!"

Da drehte sie sich um, daß er ihr Gesicht nicht sehen sollte. Hatte auch er — auch er schon Heimweh nach seinem Land? Was hatten ihm denn seine Kinderjahre da draußen anderes gegeben als Arbeit? Und doch? Sie warf sich auf einen Stuhl und schlug die Hände vors Gesicht.

Nach einer Weile fühlte sie Dierks Gesicht neben dem ihren.

„Mutter," flüsterte er — „warum sind wir da weggegangen?"

Sie umfaßte ihn und strich ihm mit wilder Zärtlichkeit über den Kopf: „Das Geld — Dierk — das elende Geld!"

Da fragte er nicht weiter und blieb still in ihren Armen stehen. Sie aber strich ihm unablässig mit beiden Händen über den Kopf. Sie hatte das Gefühl, daß sie sich an ihm versündigt hatte. War sie es nicht gewesen, die ihn von seinem Heimatboden hierher verpflanzt hatte — hierher, in dies hoffnungslose Fabrikarbeiterleben? Was sollte hier aus ihm werden? Mit schmerzender Wucht fühlte sie die Sorge um ihr Kind auf sich lasten. Alle Bedenken und Zweifel schob sie beiseite, sie durfte nicht länger zusehen. Sie mußte etwas beginnen.

In einem Eckhause war das Ladengeschäft einer Molkerei zu vergeben, als aber auch dies scheiterte, weil sie nicht die paar hundert Mark Sicherheit leisten konnte, ging sie kurz entschlossen zur Stadt und nahm eine Stelle als Stundenfrau an. Jeden Tag mußte sie nun ein paar Stunden lang bei einer alten, zänkischen Dame die Zimmer reinigen. Mit einer unsagbaren Bitterkeit im Herzen ging sie die ersten Male hin, als sie aber am Wochenschluß das blanke Geld in der Hand hielt, war sie doch unendlich glücklich. Das brauchte sie nicht für den Haushalt mit auszugeben, Gottlob, das war für Dierk.

Sie sprach gar nicht mit Harm darüber, der sich überhaupt nicht mehr um die Geldsachen bekümmerte, sie legte es in ein Schächtelchen, das sie sorgfältig bewahrte und nur ab und zu mit heimlicher Freude betrachtete, wenn sie ganz allein war. Jetzt konnte sie wieder hoffen. An dem Anblick dieser paar Markstücke richtete sich ihr starkes Herz wieder auf. — Dies war ein Grundstock, der wachsen würde, und mit dessen Hilfe ihr irgendein Plan in der Zukunft gelingen mußte.

Mitunter, wenn sie die Türklinke bei jener alten Dame schon in der Hand hielt, dachte sie: „Das ist nun aus dir geworden — so weit bist du gekommen, daß du andern Leuten den Schmutz wegkehren mußt —" aber dann, während sie die Tür energisch öffnete, dachte sie schon: „ach was — es ist ehrliche Arbeit — und ich tus für meinen Jungen."

Sie beobachtete Dierk nun schärfer. Es war ihr schwer aufs Herz gefallen, daß sie ihn so wenig verstanden hatte, daß sie seine Not nur zufällig entdecken mußte. Aber er war durchaus keiner, der den Kopf hängen ließ. Er hatte einen Freund gefunden, der in derselben Straße wohnte, einen frischen, geweckten Jungen, der ihm als geborener Städter natürlich in allen Dingen weit voraus war. Sie ließ ihn gewähren, duldete es auch, daß er seinen Freund mit ins Haus brachte und schaffte ihnen selbst Raum zu spielen. Aber dann konnte er sie, bei solchen Gelegenheiten, mit einem eigentümlichen Blick ansehen, als wollte er sagen: „ich weiß, warum du uns dies erlaubst, ich soll nur das andere darüber vergessen." Und sie fühlte sich ihm gegenüber immer etwas schuldig. Zugleich aber kam ein heimliches Einverständnis zwischen ihnen auf, das sie unendlich beglückte — sie kannten nun einer des andern Leid und heimliche Sehnsucht. Nie sprachen sie wieder davon, es war ihnen beiden wie etwas Heiliges, aber tief Verborgenes, an das man nicht rühren durfte. Nur an der Art, wie sie ihm bisweilen wie zufällig über den Kopf strich, empfand er dies und hielt dann mit geschlossenen Augen still, während ein Glücksstrom ihm über den Nacken rieselte. Aber nie hätte sie gewagt, ihn offen zu liebkosen, dazu waren sie beide zu scheu. Er selbst erwies ihr jetzt öfter kleine Gefälligkeiten, suchte ihr mit irgendetwas Freude zu machen. Aber er steckte ein gleichgültiges Gesicht dabei auf, machte es gleichsam nichtachtend und absichtslos, und sie mußte es hinnehmen und tun, als bemerkte sie nichts.

(Forts. folgt.)

bei 8—10wöchiger Erwerbslosigkeit 120 M., bei Erwerbslosigkeit über 20 Wochen 150 M. c) Die Empfänger von Teilunterstützungen sollen 60 Proz. der vorstehend angegebenen Beträge erhalten.

Die Sonderbeihilfe erhalten auch alle diejenigen Erwerbslosen, die in der Zeit zwischen dem 15. August und 1. September Arbeit aufgenommen haben, sofern sie bis zum Tage der Arbeitsaufnahme die 20wöchige Wartezeit erfüllt haben und bis zum 1. Oktober einen Antrag auf Sonderbeihilfe stellen. Also auch alle Erwerbslosen, welche nach dem 15. August in Arbeit getreten sind, erhalten diese Sonderbeihilfe, wenn sie auf ihrer Geschäftsstelle oder ihrem Verband den Antrag bis zum 1. Oktober stellen.

Alles in Ordnung?

Das Reichswehrministerium scheint zu glauben, daß die Potsdamer Filmobstruktion mit der Erklärung, die Exkronprinzessin sei nicht beteiligt, erledigt wäre. Nur die vorgesetzten Stellen des Oberleutnants waren es also, die — was schließlich noch am wenigsten aufregend ist — die Soldaten als Statisten verweigerten. Sind sie es auch gewesen, die die bübische Störung der Filmaufnahme mit Arbeitslosen als Statisten befohlen? Und wenn nicht, was tun sie gegen einen Offizier oder Soldaten, die ein gewerbliches Unternehmen aus ihrem Uebermut stundenlang absichtlich stören?

Auf diese Fragen fordern wir Antwort.

Der Raubmord in der Linienstraße.

Gestern nachmittag wurde eine nochmalige gründliche Besichtigung des Tatortes vorgenommen, zu der auch der chemische Sachverständige des Berliner Polizeipräsidiums Dr. Brüning hinzugezogen wurde. Alle Gegenstände, die der Mörder berührt hat, so insbesondere auch der Griff des Mordwerkzeuges, des Schustermessers, das blutbefleckt neben der Leiche lag, wurden auf Fingerabdrücke untersucht. Einer genauen Nachprüfung werden auch die Familienverhältnisse des Ermordeten unterzogen. Sie waren nach den bisherigen Feststellungen die denkbar schlechtesten. Engelmann wohnte früher mit seiner viel jüngeren Frau in Vietz in der Mark. Er hatte dort eine ziemlich ausgedehnte Praxis als Winkelkonsulent. Er gab diese jedoch auf, weil seine Frau es mit der ehelichen Treue nicht genau nahm. Engelmann zog nach Berlin, doch wurde auch hier das Eheleben nicht besser. Es führte schließlich dazu, daß seine Frau sich von ihm trennte und mit einem gewissen Paul Schulz zusammenzog und mit diesem ein Grünkramgeschäft betrieb. Engelmann muß, obwohl seine Frau ihn und wieder zu ihm kam, um seine Wirtschaft in Ordnung zu bringen, mit ihr sehr oft heftige Auseinandersetzungen gehabt haben. Er hatte wiederholt zu Bekannten geäußert, daß, wenn ihm einmal etwas passieren würde, seine Frau die Schuldige sei. Bisher sei er noch immer der Stärkere gewesen, es könne aber die Zeit kommen, wo er unterliegen werde. Frau Engelmann ist seit einigen Tagen verreist. Sie hält sich bei Verwandten in Schneidemühl auf. Ihr Geliebter Paul Schulz, der ebenfalls verheiratet war, aber geschieden ist, wurde gestern zu einem Verhör nach dem Polizeipräsidium gebracht und verbleibt dort vorläufig bis zur weiteren Klarstellung des Verbrechens.

Mit dem Manne, der nachmittags um 4½ Uhr von der Geschäftsfrau gesehen worden ist, als er in großer Aufregung mit einem Paket unter dem Arme das Haus Linienstr. 73 verlassen hat, ist, wie durch eine Gegenüberstellung festgestellt werden konnte, Schulz nicht identisch.

In später Abendstunde wird noch gemeldet, daß sich außer dem Obsthändler auch noch ein anderer Zeuge gemeldet hat, der den Verdächtigen aus dem Mordhause herauskommen und ihn in der Richtung nach dem Alexanderplatz davongehen sah. Nach der Beschreibung dieses Zeugen trug er einen umgearbeiteten grauen Militäranzug mit aufgesetzten Taschen und einen grauen weichen Hut, schwarze Schnürschuhe und eine aus Pfeffer-und-Salzstoff gearbeitete Hose. Mit dem rechten Fuß ging er einwärts. Derselbe Mann kaufte kurz nach 7 Uhr in der Büschingstraße Zigaretten. Er wollte mit einem Fünfmarkschein zahlen, der aber vom Händler zurückgewiesen wurde, da er blutig war. Auch an einem Zweimarkschein, mit dem der Käufer nachher bezahlte, bemerkte der Geschäftsinhaber Blutspritzer. Der Mann fragte den Händler, ob er das in Schnittmusterpapier eingewickelte Paket bei ihm unterstellen könnte, was er aber ablehnte, da der Fremde ihm verdächtig vorkam. Seine Kleidung war blutig und die rechte Hand wies eine Kratzwunde auf. Darauf befragt, gab der Mann an, er habe sich soeben in der Linienstraße gebalgt. Endlich versuchte der Mann noch, dem Händler eine silberne Uhr mit doppeltem Goldrand zu verkaufen. Es war dies die Uhr, die der Mörder seinem Opfer geraubt hat. An ihr war noch ein Stück der silbernen Schuppenkette, von der sie der Verbrecher dem Ermordeten gewaltsam abgerissen hatte. Auch die einzelnen Schuppen dieser Kette waren blutig. Der Mann machte auch diesem Zeugen wie den beiden anderen äußerlich den Eindruck eines bessergestellten und gebildeten Menschen.

Ein fingierter Fuhrwerksdiebstahl wurde dieser Tage von der Kriminalpolizei restlos aufgeklärt. Bei der Firma Stullgys im Norden Berlins war der Kutscher Köhler tätig, der die Freiheit seiner Stellung zu einem frechen Fuhrwerksdiebstahl ausnutzte. Als er eines Tages mit einer Fuhre Schokolade und Keks zu Kunden der Firma unterwegs war, und die Ladung einen ansehnlichen Wert repräsentierte, ließ er durch zwei Helfer, einen Arbeiter Grim und den Händler Stichhahn, beides Berliner, das Fuhrwerk stehlen. K. zeigte hierauf den Diebstahl bei der Polizei ordnungsgemäß an, während die beiden Helfer Fuhrwerk und Ladung in Sicherheit brachten. Die Ladung wurde zunächst zu einem Gastwirt in der Seestraße geschafft und dort vorläufig im Keller untergebracht. Der Wagen, nur mit einigen leeren Kisten beladen, wurde in den Schillerpark gefahren wo er am nächsten Morgen als herrenloses Gut aufgefunden wurde. Soweit glückte der Diebstahl. Aber schon beim Verkauf des Pferdes, das durch Vermittlung einer Gastwirtin an den Pferdehändler Kimmritz für nur 2400 M. nach Stendal verkauft wurde, verrieten sie sich. Sie gerieten über die Höhe der Vermittlungsgebühr in Streit. Es kam in der Gastwirtschaft zu einem wütenden Auftritt und in der Erregung warfen die vier beim Geschäft Beteiligten sich gegenseitig Beschuldigungen an den Kopf, die nachzuprüfen die Kriminalpolizei alle Ursache hatte. In der Seestraße konnte ein großer Teil der Ladung beschlagnahmt werden, während das Pferd unwiederbringlich verloren ist. Sämtliche Täter sind in vollem Umfange geständig und wurden daher auf freiem Fuße belassen.

Zivilversorgungsberechtigte. Beim Reichsarbeitsministerium, Reichswirtschaftsministerium und beim Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft sind Stellen als Ministerialamtsgehilfen zu besetzen.

Inhaber eines Zivilversorgungs- und Anstellungsscheines tun gut, sich bei einer dieser Behörden umgehend zu melden.

Pilzausstellung. Der Bevölkerung Groß-Berlins wird Gelegenheit gegeben, die Giftpilze und die Speisepilze durch Vergleich mit den lebend in der Vorhalle des Medizinalamts, Berlin C., Fischerstr. 39/42 (Am Mühlendamm), ausgestellten Pilzen kennen zu lernen. Die Schaustellung ist täglich von 8 Uhr bis zum Eintritt der Dunkelheit geöffnet. Der Eintritt ist frei. Mit der Schaustellung ist auch eine Auskunftsstelle verbunden, welche ebenfalls kostenlose Auskunft über mitgebrachte oder eingesandte Pilze erteilt. Bei genügendem Interesse soll die Schaustellung mehrere Monate lang fortgeführt werden; es wird erwartet, daß sich der guten Sache wegen Pilzfreunde und namentlich auch die Schulen am Erneuern der Pilze beteiligen. Dies geschieht in der Weise, daß Pilze aller Art gesammelt und dem Medizinalamt möglichst frisch und vollständig (nicht abgeschnitten) eingesandt oder überbracht werden. Für die fleißigsten Sammler und Sammlerinnen sind Prämien in Gestalt von Pilzbüchern vorgesehen.

„Die Sippschaft", ein neuer Film von Karl Wilhelm, der jetzt in der „Schauburg" geboten wird, hat gesellschaftskritischen Einschlag. Das Thema von dem unehelichen Kinde des Mädchens aus sogenannter guter Familie spielt hinein. Dies Kind, heimlich geboren, wächst in fremden Händen auf, wird von seiner Mutter verschwiegen und verleugnet. Die bürgerliche Ehe, nach Geldrücksichten geschlossen wie ein übles Geschäft, kennt keine Liebe für solche Kinder. Hier nun bringt ein solcher durchgewordener Sproß, der doch einmal im Leben seine Mutter sehen möchte, diesen Geist der Unduldsamkeit mit tragischen Wirkungen in Bewegung. Das Ganze ist etwas kleinbürgerlich, kommt auch nicht mit Sentimentalität aus, ist aber reich an schauspielerischen Studien der Physiognomie jener lieben Sippschaft, die in Familiensachen mit Klatsch, Bosheit und Schieberlust eine unheilvolle Rolle spielt. Es ist ein bildlich sauber gearbeiteter Film, deren Kräfte wie Josefine Dora, Ressel Orla, W. Kayser gutes, oft sehr gutes gegeben haben.

Saisoneröffnung im Zirkus Busch findet heute statt. Hans Stosch-Sarrasani als Gast bestreitet das gesamte klassische Zirkusprogramm, von dem jede Nummer neu für Berlin ist, mit 200 Pferden und exotischen Tieren und seiner berühmten Zirkusgesellschaft. Der morgige Sonntag bringt zwei Vorstellungen mit gleichem Programm.

Die nächsten städtischen Volkskonzerte des Philharmonischen Orchesters unter Leitung von Richard Hagel finden statt am 1. Oktober, 8 Uhr, in den Germania-Prachtsälen, und am 22. Oktober, 8 Uhr, in der Brauerei Königstadt.

Schöneberg. Das erste Volksunterhaltungskonzert findet Sonntag, 4 Uhr, im Bürgersaale des Neuen Rathauses statt.

Tegel. In der letzten Gemeindevertretersitzung ging der Bürgermeister in längeren Ausführungen auf die Angriffe der Bürgervereinigung in der Presse ein. Die Vorwürfe hier alle anzuführen, würde zu weit führen; festgestellt wurde, daß von den angeblichen Mißständen nichts zutrifft, daß alles ordnungsmäßig vor sich gegangen ist und die Vorwürfe in sich zerfallen. Dem Unterzeichner der Angriffe, einem Herrn Ludwig, wurden verschiedene Schiebungen als Einkäufer der Frankfurter Garnison vom Schöffen Schönfeld (U. S. P.) nachgewiesen. Der Bürgermeister betonte, daß die Gemeindeverwaltung nichts zu verheimlichen habe, es aber ablehne, sich in Pressepolemiken einzulassen; er sei aber gern bereit, auf persönlichem Wege Auskunft zu geben, davon habe man aber keinen Gebrauch gemacht. Die Bilanz des Wirtschaftsamts für 1919/20 schließt ab mit einem Ueberschuß von 61 400 M. bei einem Umsatz von ca. 11 Millionen: es sind Abschreibungen von 340 000 M. vorgenommen worden, die dem Preissturz nach dem 1. April Rechnung tragen. Diese Ueberschüsse sind hauptsächlich durch die Rückerstattungen der Niederbarnimer Kriegswirtschaftsgesellschaft und des Fleischversorgungsverbandes erzielt. Den Bericht durch eine Treuhandgesellschaft nachprüfen zu lassen, wurde abgelehnt, da ja eine vereidigte Bücherrevisorin den Bericht geprüft habe. Eine Regelung der Entschädigung für die Leitung der Pflichtfortbildungsschulen wurde abgelehnt, sie soll dem neuen Bezirk überlassen werden. Die Fortbildungsschullehrerinnen sollen nach Berliner Sätzen entlohnt werden, vom 1. Oktober 1920 sollen sie als Anwärterinnen angesehen werden. Der Vermögens- und Schuldennachweis der Gemeinde schloß am 1. April 1920 ab mit einem Ueberschuß von 8489000 Mark. Eine ganze Reihe von Nachbewilligungen wurden ohne Debatte erledigt. Die Arbeiter auf dem Spielplatz, die nach dem Tarif der Tiefbauarbeiter mit 6,50 Mark pro Stunde entlohnt wurden, hatten beantragt, ihnen die Teuerungs- und Kinderzulage der Gemeindearbeiter, die nur 4,20 bis 4,60 Mark Stundenlohn haben, zu gewähren. Der Antrag wurde einstimmig abgelehnt. Es folgte eine vertrauliche Sitzung.

Richtlinien für die Gestaltung des Bezirksamts Köpenick-Friedrichshagen hat jetzt eine Konferenz der Bürgermeister und Gemeinde- und Gutsvorsteher des zukünftigen 16. Verwaltungsbezirks der Stadt Berlin aufgestellt. Der Bezirk umfaßt Köpenick, Friedrichshagen, Rahnsdorf, Grünau und eine Anzahl anderer Gemeinden des Ostens. Die Stellungnahme der Ortsoberhäupter, für die sie sich auf ihr Verantwortungsgefühl gegenüber dem Wohl der Bevölkerung berufen, geht dahin:

Der Bürgermeister des Bezirks muß ein erfahrener höherer Verwaltungsbeamter sein. Der Vertreter des Bürgermeisters muß gleichfalls ein erfahrener Verwaltungsbeamter sein. Letzteres wird damit begründet, daß der Bürgermeister bei der großen räumlichen Ausdehnung der Bezirke und dem notwendigen dauernden persönlichen Verkehr mit der Zentrale in Berlin häufig abwesend sein muß, so daß sein Stellvertreter, um nicht dauernd Störungen oder Verschleppungen im Verwaltungsapparat — insbesondere auch bei längeren Vertretungen (Erkrankung, Urlaub u. a.) — eintreten zu lassen, die Qualifikation eines erfahrenen Verwaltungbeamten besitzen müßte. — Das Dezernat der Steuerverwaltung erfordert einen höheren Verwaltungsbeamten mit Sitz und Stimme im Bezirksamt. Es wären für das Dezernat umfassende Rechtskenntnisse erforderlich. Darum käme nur eine zum Richteramt oder zur Bekleidung eines höheren Verwaltungsamts befähigte Persönlichkeit in Frage. — Für die Verwaltung der Bausachen werden zwei Dezernenten, einer für Hochbau und einer für Tiefbau, mit Sitz und Stimme im Bezirksamt für erforderlich gehalten. Bei der Ausdehnung des 16. Verwaltungsbezirks, des größten Berliner Bezirks, würde nur ein Baurat durch die vielen, an Ort und Stelle vorzunehmenden Dienstgeschäfte soviel dem Dienst im Bauamt entzogen sein, daß eine ordnungsmäßige Erledigung aller Bausachen nur bei der Bestellung von zwei Bauräten gewährleistet sei. — Auch das Schuldezernat sei ein so wichtiges hauptamtliches Dezernat, daß es ohne Sachkenntnis nicht verwaltet werden könne. Der Inhaber müßte Sitz und Stimme im Bezirksamt haben. Der Schuldezernent müsse im Hinblick auf die vielen Personalfragen bei größtem Taktgefühl fachmännische Gewandtheit besitzen, wenn das wichtige Gebiet des Unterrichtswesens mit allen Nebengebieten (Volkshochschule, Jugendpflege usw.) nicht erheblichen Schaden erleiden solle. Nebenbei bemerkt werde, daß mindestens vier Assessoren im Bezirksamt angestellt werden müßten.

Sollte bei solcher Regelung die Beteiligung der politischen Parteien an der Verwaltung nicht hinreichend erscheinen, so stellten die Konferenzteilnehmer anheim, die nach dem Gesetz zulässige Erhöhung der Zahl der Bezirksamtsmitglieder vorzunehmen. Wenn zu wenig Fachleute im Bezirksamt sitzen, könne das Bezirksamt eine Verantwortung für eine ordnungsmäßige Verwaltung nicht übernehmen.

Groß-Berliner Lebensmittel.

Berlin. Ab heute bis auf weiteres auf Karte A I 1 Liter, A II ¾ Liter, B I ½ Liter, B II ¼ Liter Vollmilch. Die übrige Belieferung bleibt unverändert.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

Heute, 25. September:

Schöneberg. 8 Uhr: Vortrag von Frau Müller-Oestreich über „Kunst und Arbeiterschaft", Aula der Rückertschule, Rastenstraße.

Tempelhof. 7 Uhr bei Last, Friedrich-Wilhelm-Str. 90: Wichtige Funktionärsitzung.

Niederschönhausen. ½8 Uhr: Wichtige Funktionär- und Elternbeiratssitzung bei Koch, Treskowstraße, Ecke Blücherstraße.

Neuenhagen (Ostbahn). 8 Uhr: Mitgliederversammlung bei Hätscher.

Morgen, 26. September:

Kreisvertreterversammlung für den 14. Verwaltungsbezirk 9 Uhr in Neukölln, Aula Oberrealschule, Emserstr. Eingeladen sind Neukölln, Britz, Buckow und Rudow. Tagesordnung: 1. Die Aufgaben der Kreise. 2. Wahl des Kreisvorstandes. 3. Anträge und Verschiedenes. Vorschläge und Anträge sind schriftlich vor Beginn der Versammlung einzureichen.

Schöneberg. Die Genossen treffen sich zur Landagitation 7 Uhr Bahnhof Papestraße. — 4 Uhr: „Gesellschaftshaus des Westens": Schulentlassungsfeier, dann Unterhaltungsabend. Fr. Marg. Walkotte: Heitere Rezitation und Lautenvorträge. Eintritt 1,50 M. (einschl. Tanz).

Neukölln. In der Theatervorstellung am Sonntag, den 19., Zentral-Theater, ist ein Kneifer gefunden worden, abzuholen im Sekretariat, Jägerstr. 66.

*

20. Abt. Die Bezirksführer wollen die kassierten Beiträge sofort abrechnen bei Seifert, Kadiner Str., ebenso sind die Bezirksbücher abzugeben.

21. Abt. Die für den 29. angesetzte außerordentliche Mitgliederversammlung der 23. und 24. Abteilung aus, sie findet Mittwoch, den 6. Oktober, 7 Uhr, statt. — Es sind noch für den 10. und 31. Oktober Karten zur Vorstellung „Die Weber" beim Genossen Moranz, Danziger Str. 46, zu haben.

Charlottenburg. Juristische Sprechstunde jeden Sonnabend von ½5—6 Uhr im Sekretariat, Rosinenstr. 4. Unentgeltliche Auskunft in allen Rechtsangelegenheiten.

Jugendveranstaltungen.

Heute, 25. September:

Charlottenburg. Rosinenstr. 4, Volkshaus, Schnitzeljagd. Treffpunkt 6 Uhr abends. Sonntag 6 Uhr früh, Heim. — **Lichtenberg.** Parkaue 10. Wanderung Stienitzsee. Treffpunkt ½6 Uhr Stralau-Rummelsburg.

Sonntag, 26. September:

Verein Arbeiterjugend Groß-Berlin. Gruppe Neukölln. Herbstfeier in der Berliner Kindl-Brauerei, Hermannstraße. Teilnehmerkarten a 1,25. Saaleröffnung 6 Uhr. — **Moabit.** Schnitzeljagd Bernau—Lieptitzsee. Treffpunkt 6 Uhr Stromstraße, Ecke Turmstraße. — **Petersburger Viertel.** Wanderung Finkenkrug—Brieselang. Treffpunkt 7 Uhr Küstriner Platz. — **Prenzlauer Vorstadt.** Wanderung Strausberg. Treffpunkt ½7 Uhr Pappel-Allee, Normaluhr. — **Südwest.** Wanderung Fürstenwalde—Scharmützelsee. Treffpunkt 6 Uhr Bücherplatz, Normaluhr.

Vorträge, Vereine und Versammlungen.

Republikanischer Führerbund. Sonntag 10 Uhr in der Aula des Werner-Siemens-Gymnasiums, Hohenstaufenstr. 47, öffentliche Versammlung, in der verschiedene Redner zu dem Thema: „Was will der republikanische Führerbund" sprechen werden. — **Bezirk Wilmersdorf-Schmargendorf-Friedenau.** Montag 7½ Uhr im Restaurant „Zur Lauenburg", Wilmersdorf, Lauenburger Str. 21, Vortragsabend. Thema: „Die Fürsorge für die verwundeten und kranken Heeresangehörigen während des Krieges". Auch hierzu wird um recht zahlreiches Erscheinen gebeten. — **Verband sozialistischer Lehrer.** Vollsitzung Rathaus, Zimmer 109, nicht Hinten der Gerichtstr. — **Freireligiöse Gemeinde.** Sonntag 10 Uhr im Stadthaus, Klosterstr. 50, Jugendweihe. Festvortrag des Dr. A. Rosenberg. — Nachm. 2 Uhr im Lustgarten Demonstration für die weltliche Schule. — **Allgemeine Familiensterbekasse.** Sonntag Zahl- und Aufnahmetag von 2—6 Uhr in den Restaurants, Gerichtstr. 12/13 und Adalbertstr. 24.

Aus aller Welt.

Milde für Butterschieber. Der Görlitzer Molkereidirektor Becker wurde wegen Butterschiebungen zu einem Monat Gefängnis verurteilt, außerdem wurden bei ihm 29 539 M. als Uebergewinn für beschlagnahmt erklärt. Für die Bezahlung dieser Summe wird die Molkereigenossenschaft haftbar gemacht. Von den mitangeklagten Rittergutsbesitzern wurde einer zu 5000, einer zu 2000, ein dritter zu 1000 M. Geldstrafe verurteilt. Der Butterhändler Matthes aus Görlitz wurde freigesprochen. Die Anklage gegen die Berliner Händler kommt gesondert zur Verhandlung, da diese wegen des israelitischen Feiertages nicht zur Verhandlung erschienen waren.

Schiffsumkäufe. Der „Frankfurter Zeitung" wird aus Genf gedrahtet: Der französische Marineminister hat in taktvoller Weise beschlossen, daß die von Deutschland an Frankreich abzuliefernden Schiffe umgetauft werden, und zwar wird die „Regensburg" in „Straßburg", die „Königsberg" in „Metz", die „Stralsund" in „Mühlheim" und die „Kolberg in „Kolmar" umgetauft. — Irren wir nicht, so sind die Namen Straßburg, Metz, Mühlheim und Kolmar nicht ganz rein französisch.

Ein Orkan, der mit einer Geschwindigkeit von 48 Sekunden dahinfährt, erreichte am Mittwoch Neu Orleans, wo er einen großen Schaden anrichtete. Häuser wurden zerstört, Bäume umgeworfen, ein Zug entgleiste, aller Verkehr steht still, die Schiffahrt ist lahmgelegt, die Telegraphen- und Telephondrähte sind zerstört. Zahlreiche Einwohner flüchten von der Küste ins Innere. Bis jetzt wurde ein Toter gemeldet.

Die Cholera wütet in den nordöstlichen Distrikten in China so heftig, daß die Leute auf den Straßen sterben. Viele Familien nehmen Gift, um auf diese Weise dem Hungertode zu entgehen.

Sport.

Der Goldpokal von Treptow wird am Sonntag in Treptow ausgefahren. Die Besetzung des Rennens ist eine glänzende. Man könnte es einen Länderkampf Holland gegen Deutschland nennen, da zu diesem Rennen Holland zwei seiner zurzeit besten Vertreter, Sneek und Vermeer, ins Rennen schickt, und Deutschland durch seinen diesjährigen Meisterfahrer Wittig und den zurzeit sehr schnellen Sawall vertreten ist. Da auch die Fliegerrennen eine gute Besetzung aufzuweisen haben und u. a. die Meisterschaft von Treptow ausgefahren wird, so läßt der kommende Sonntag erstklassigen Sport erwarten. Der Beginn der Rennen ist wegen der vorgeschrittenen Jahreszeit auf 3 Uhr nachmittags festgesetzt.

Arbeiter-Radfahrerbund „Solidarität". Ortsgruppe Berlin, 2. Abt. Sonntag früh 6 Uhr nach Biesenthal, 1 Uhr nachm. nach dem Gorinsee. Starts: Fontanepromenade 18.

Das Arbeiter-Sportfest des Kartells für Sport und Körperpflege, Wilmersdorf-Schmargendorf, das am letzten Sonntag, leider verregnete, findet nunmehr am kommenden Sonntag mit dem Festzug um 1½ Uhr am Paretzer Platz beginnend, auf dem Turnplatz der „Freien Turnerschaft" in der Württembergischen Straße statt. Die Eintrittskarten, auch die entwerteten, haben Gültigkeit.

Freie Schwimmer Neukölln, Jugend-Abteilung. Treffpunkt Sonnabend 4,30 Görlitzer Bahnhof Eingang Wiener Straße. Sonntag, 26. 9. 6 Uhr morgens Görlitzer Bahnhof Eingang am großen Portal.

Briefkasten der Redaktion.

G. H. 100. Auf sozialdemokratischem Boden stehend: Arbeiter-Abstinentenbund; Vorsitzender Heinzelmann, Brüderstr. 43. — **E. B. 24.** Stadtbaurat Hoffmann (Rathaus).

Geschäftliche Mitteilungen.

Wir verweisen auf das in heutiger Nummer erschienene Inserat der Firma **Titus König, Neukölln,** die ihre neuesten Damenhüte-Modelle empfiehlt.

Wetteraussichten für das mittlere Norddeutschland bis Sonntag mittag. Etwas wärmer, meist bewölkt, mit Regenfällen, bei mäßigen östlichen Winden.

Enthaftung von Weißenseer Angeklagten.

Am Schluß unseres Berichts über den Weißenseeprozeß im Abendblatt sind einige Zeilen verhoben. Die drei letzten Absätze lauten richtig:

R.-A. Lamp führt Beschwerde darüber, daß der Major Ebel der Sicherheitspolizei gestern an den Beisitzer, Major Schemmel, herangetreten sei und geäußert habe: „Der Liebs ist nur umgefallen, um seine Genossen nicht hineinzulegen". Dies stelle eine völlig unzulässige Beeinflussung eines Mitgliedes des Gerichts vor.

Major Schemmel äußert sich sofort dienstlich dazu und erklärt, daß eine derartige oder ähnliche Aeußerung überhaupt nicht gefallen ist.

Auch der anwesende Hauptmann der Sicherheitspolizei, Müller, welcher Ohrenzeuge des Gesprächs mit dem Major Schemmel war, erklärt, daß es sich lediglich um die Uebergabe des Protokolls über die Anschuldigungen gegen die Sicherheitsbeamten an den Vorsitzenden gehandelt habe. Eine derartige Aeußerung sei nicht gefallen.

Auf Befragen des Vorsitzenden erklärt schließlich Angeklagter Liebs, auch er könne nicht mit Bestimmtheit sagen, daß diese Aeußerung tatsächlich erfolgt sei.

R.-A. Bönheim übergibt, um darzutun, daß die Angeklagten

nur eine Abwehrorganisation gegen einen Rechtsputsch

gebildet haben, der diesen Sommer losbrechen sollte, dem Gericht Originalbefehle des **Freikorps „Pfeffer" in Mecklenburg**, welches die Regierung zu stützen beabsichtige. Dieses Freikorps ist eine militärische Organisation. Auf den Gütern seien Züge und Abteilungen untergebracht und es finde täglich Befehlsempfang statt. In dem vorgelegten Befehl sei ausdrücklich gesagt, man müsse vermeiden, daß Fremde in die Kompagnie eintreten und daß alle Befehle geheim sind. Der Regierung waren diese Pläne bekannt. Sie schritt dagegen nicht ein, weil sie nicht genügend Truppen hatte. Sie schreitet jedoch gegen Arbeiter ein, die sich zusammenschließen wollen. Zur Bestätigung des Beweisantrags sollen der Chef der Mecklenburger Sicherheitspolizei Oberst Lange, der „Freiheit"-Redakteur Rabold, Minister Severing und Major Müller-Brandenburg, der bisherige Chef der Sipo in Mecklenburg geladen werden. — Justizrat Fränkl: Eine Filiale der

„Orgesch"

befindet sich auch in Weißensee. Das Waffenlager ist oder war in den Missionslauben. Der Anwalt beantragt, einige Herren zu laden, welche Mitglieder dieser „Orgesch" seien und Auskunft geben könnten. Das Waffenlager sei dem Polizeipräsidium und dem Minister des Innern bekannt gewesen, doch sei nicht eingeschritten worden. — Staatsanw. Rammien: Diese Beweisanträge ändern nichts daran, daß die Angeklagten gegen § 1 der Verordnung des Reichspräsidenten vom 30. Mai verstoßen haben. Wenn wir zum Grundsatz machen wollen, daß die eine Partei sich erst dann entwaffnen läßt, wenn die andere bereits ihre Waffen abgegeben hat, werden wir niemals zu Rande kommen. Wir geben

ebenso scharf gegen rechts

wie gegen links vor. Nur hatten die Weißenseer Kommunisten das Pech, als erste dran zu kommen. Das Material gegen das Freikorps Pfeffer ist auch mir bekannt. Ich habe deswegen auch mit dem Redakteur Rabold wiederholt verhandelt. Er hat mir dagegen erklärt, daß es sich in sehr vielen Fällen lediglich um Gerüchte handele. Er sagte mir, daß im August Dutzende von Landarbeitern zu ihm gekommen seien, um über die Unterbringung von Freikorps Mitteilungen zu machen. Herr Rabold erklärte mir aber, daß diese Leute **hohe finanzielle Ansprüche stellten**, die mitunter bis in die Tausende gingen, wenn sie Aussagen machen sollten. So war es natürlich nicht möglich, Material zu erhalten. Es handelt sich größtenteils um Mitteilungen eines gewissen Radde, der hier und da etwas aufgeschnappt hat und dann allerlei Gerüchte verbreitete, die sich nachher als unhaltbar erwiesen haben. — R.-A. Bönheim: Wenn man die Adressen der Herren von rechts kennt, so wundere ich mich, daß noch **niemand verhaftet** worden ist. — Staatsanw. Rammien: Mir ist nicht bekannt, daß Hauptmann Pfeiffer schon einen Sicherheitssoldaten erschossen hat. Hier handelt es sich doch aber darum, auch dem Verbrechen in Weißensee auf die Spur zu kommen. — R.-A. Bönheim: Hauptmann Pfeffer hat das getan, was den Angeklagten hier zur Last gelegt wird, nämlich einen militärischen Verband organisiert. — Staatsanw. Rammien: Es besteht ein

Haftbefehl gegen Hauptmann Pfeffer.

— R.-A. Broh: Der wird aber **nicht ausgeführt.**

Nach kurzer Beratung beschließt das Gericht, den Beweisanträgen, soweit sie **die Weißenseer Zeugen betreffen, stattzugeben,** die übrigen abzulehnen. Im Anschluß daran bat Justizrat Dr. Broh, vor Eintritt in die Beweisaufnahme noch einmal kurz die Vorgeschichte des ganzen Falles schildern zu dürfen. Der Vorsitzende hatte dagegen nichts einzuwenden, wohl aber anscheinend einige der Mitverteidiger, die auf Justizrat Broh, trotzdem er bereits das Wort ergriffen hatte, einredeten. Schließlich verließ dieser indigniert die Verteidigerbank und stellt sich in der Mitte des Saales auf, da ihn, wie er ausführte, die **andauernden Gespräche seiner „lieben" Kollegen störten.** Als dann im Laufe seiner Darlegungen Justizrat Broh betonte, das sei der Standpunkt der Verteidigung, rief Justizrat Fränkl dazwischen: „**Welcher** Verteidigung? Wir legen uns auf nichts fest!", während Dr. Lamp mit den Worten sekundierte: „Der Standpunkt der Verteidigung Lamp-Broh!" Als Broh dann zum Schluß sagte, der Angeklagte Michaelis habe sich zu seinem Unternehmen einige Leute, darunter auch Liebs, mitgenommen, erklärte Michaelis, er habe weder Liebs noch sonst jemanden mitgenommen.

Dann wird in die

die Beweisaufnahme

eingetreten.

Von seinen Eltern und zwei weiteren Verwandten wird Angeklagter Falk, auf dessen Aussagen sich die Anklage zum Teil aufbaut, übereinstimmend als ein Mensch geschildert, der einen **Hang zum Lügen** besitzt und **geistig minderwertig** sei. Seine Mutter gibt an, daß er im Alter von 6 Jahren von einer fremden Frau derart **mißhandelt** worden sei, daß er eine **Gehirnerschütterung** erlitt, von der ein Nervenzucken zurückblieb. Der Vater gibt an, daß in seiner Familie Geisteskrankheit erblich sei. — Geh. Medizinalrat Leppmann faßt seine Ansicht dahin zusammen, daß

Falk seelische Abweichungen aufweise,

die sich in **phantastischer Lügenhaftigkeit** äußern. Als geisteskrank könne man ihn nicht bezeichnen, doch sei auf seine Angaben **kein Verlaß.** — Im Anschluß daran gibt Geheimrat Leppmann auch noch über andere Angeklagte sein Gutachten ab. Der **15jährige** Wedow sei weit über sein Alter hinaus entwickelt und für seine Handlungen voll verantwortlich. Angekl. Stern, der sich schon einmal in einer Irrenanstalt befand, sei sehr nervös, aber vollkommen zurechnungsfähig. Angekl. Kaatz sei ein schwerer Psychopath, doch müsse auch bei ihm die Frage auf Zurechnungsfähigkeit voll bejaht werden. Hinsichtlich des Angekl. General wird Anstaltsbeobachtung beantragt. — Justizrat Fränkl bittet um Ladung eines Gastwirts Thomsen aus Niederschönhausen, in dessen Lokal die „Orgesch" am 19. August eine Waffenverteilung vorgenommen haben soll. Dieser Umstand, zusammen mit der Mitteilung eines

Generalappells der Berliner „Orgesch"

für den 19. August habe Michaelis seinerzeit glauben gemacht, daß das Losschlagen der Gegenrevolution unmittelbar bevorstehe. — Das Gericht beschließt, die Angeklagten Wrba, Stern, Winter, Burkert, Wedow, Dochow, Jakob und Coall

aus der Haft zu entlassen,

da der Verdacht gegen sie nach dem **Zusammenbruch der Aussagen des Falk** nicht mehr dringend sei, das Gericht beschloß ferner, die übrigen Inhaftierten aus der **Einzelhaft** zu entlassen und ihre Unterbringung mit anderen Untersuchungsgefangenen zu erlauben. Dagegen soll eine gemeinsame Haft dieser Angeklagten nicht zugelassen werden.

Regierungsrat Weiß vom Polizeipräsidium sagt aus: Ich habe als Leiter der Abteilung Ia bei der Wichtigkeit des Falles einzelnen Vernehmungen beigewohnt, besonders der des Angekl. Falk, eines **sehr sympathischen** jungen Menschen. (Großes Gelächter bei den Verteidigern. Der Vorsitzende bittet, den Zeugen nicht zu unterbrechen.) Daß bei der K. A. P. D. Kampforganisationen bestanden, war mir vom Hörensagen schon seit Monaten bekannt. (Erregte Zwischenrufe der Verteidiger.) — Der Vorsitzende bittet nochmals, nicht zu unterbrechen. — Reg.-Rat Weiß führt fort: In der ganzen Presse, von der äußersten Rechten bis nach links zum „Vorwärts", beschäftigte man sich ja schon seit vielen Monaten mit den Uebungsmärschen der kommunistischen Sportvereine. (Wir sind dem Notarmeegeschrei entgegengetreten. (Red.) Ich habe diese Berichte anfangs für unmöglich gehalten, weil ich mir sagte, die radikalen Arbeiter sind ja Antimilitaristen und können sich doch nicht mit einem Male militärisch betätigen. Beamte, die ich zur Beobachtung ausgeschickt, schilderten mir eingehend, daß wirklich vollkommen militärische Exerzitien abgehalten wurden. Ich habe damals noch nicht eingegriffen, obwohl ich es auf Grund der Verordnung hätte tun können. Es liegt mir gänzlich fern, nur gerade gegen die K. A. P. D. vorzugehen, ich bin lediglich Amtsperson und habe genau solche Verfahren auch gegen Personen von rechts eingeleitet. Nun kam plötzlich diese Erschütterung des Wachtmeisters Schwedowski. Wir nahmen zuerst an, daß es sich lediglich um eine Mordsache handle. Dann aber kam Kriminalkommissar Dr. Riemann zu mir und übergab die Angelegenheit meiner Abteilung, da es sich um einen staatsgefährlichen Verband handle. Die Abteilung I A hat übrigens mit Politik nichts zu tun, sondern befaßt sich mit strafbaren Handlungen, die gegen den Staat gerichtet sind, Hoch- und Landesverrat. Die Angeklagten haben aus freien Stücken erklärt, daß sie Mitglieder der K. O. sind, und haben uns deren Organisation aufgedeckt. Von anderen Seiten ist mir über die K. O.

belastendes Material

zugegangen, daß ich **Briefe des Leiters** besitze usw. Das Material zu der Anklage haben wir zuerst von Falk, der einen günstigen Eindruck auf mich machte, der offenbar Idealist und seiner Straftat kaum bewußt ist, erhalten. Er hat seine Aussagen übrigens auch im Untersuchungsgefängnis schriftlich niedergelegt. — Staatsanwalt Rammien fragt, ob das übergebene Material eine Spitzelarbeit gewesen, besonders ob der Kriminalkommissar **Maslok** Leiter einer Spitzelzentrale ist. — Regierungsrat Weiß: Maslok ist einer meiner tüchtigsten Beamten. Er ist durchaus kein Kommunistentöter. Unter anderem hat er auch in der **Trikolorenaffäre** den Täter dingfest gemacht. — Vors.: Wissen Sie etwas darüber, daß Falk mit Kalbs- oder Hammelbraten traktiert worden ist? — Zeuge: Ich bin darüber nicht informiert und möchte mich zunächst darüber nicht äußern. Ein Traktieren dürfte zeitlich wohl erst nach der Aussage stattgefunden haben. — Justizrat Fränkl: Die Person Masloks ist mir vollständig gleichgültig. Aber welchen Zweck hatte die Bewirtung? — Zeuge: Ich möchte mich über

die Hammelbraten-Affäre noch nicht

äußern. Ich möchte hier übrigens feststellen, daß ich zu der Anklage mich nicht auf Zeitungsberichte über kommunistische Uebungsmärsche und Exerzitien gestützt habe. — R.-A. Broh: So war Ihnen alles neu, was Falk sagte? — Zeuge: Neu war mir, daß tatsächlich eine militärische Gliederung bestand. Ich wußte bis dahin nur, daß die Kommunisten unter dem Deckmantel der Sportvereine militärische Exerzitien betrieben. — R.-A. Broh: Glauben Sie denn wirklich, daß ein so junger Mensch wie Falk Einblick in die Zentrale besäße? — Zeuge: Warum denn nicht? Ich glaubte selbst nicht, daß diese Jünglinge eine ernste Gefahr für den Staat bildeten. Wir waren mehr der Ansicht, daß es sich um eine Spielerei handelte, und warum sollte in diesem Fall nicht ein junger Mensch Kenntnis von dem Kommandeur der Organisation haben? Die Leute sind doch alle nicht übermäßig intelligent. Unter den Blinden kann der einäugige Falk, der etwas höhere Intelligenz besitzt, doch sehr wohl König sein. — Auf Wunsch des R.-A. Bönheim teilt der Vorsitzende dem Zeugen dann das ärztliche Gutachten des Medizinalrats Leppmann mit. — R.-A. Broh: Herr Regierungsrat, wenn es bloß stimmt, daß Maslok den Falk durch Zuckerbrot und Peitsche zu seiner Aussage bestimmt hat, würden Sie als sein Vorgesetzter das billigen? — Zeuge: Darüber brauche ich wohl hier keine Auskunft zu geben. — R.-A. Broh: Nun war Ihnen doch bekannt, daß

Orgesch und Einwohnerwehren

wirklich exerzierten und bewaffnet waren. Warum sind Sie denn gerade gegen diese Spielereien vorgegangen und nicht gegen die wirklich militärischen Verbände? — Zeuge: Ich habe schon gesagt, daß ich auch schon nach dieser Richtung hin Verfahren eingeleitet habe. Ich bin nicht verantwortlich dafür, **wenn dann nichts mehr geschieht.** In Berlin existiert überhaupt nur ein **Selbstschutz,** der nichts mit Escherich zu tun hat und nicht als militärischer Verband anzusehen ist. Ob er bestehen bleibt, wird vom Minister des Innern entschieden werden. — R.-A. Broh: Ihnen muß doch bekannt sein, daß Ihre Beamten von Spitzeln Material bekommen. — Zeuge: Das ist ganz **ausgeschlossen.** — R.-A. Broh: Ich begreife nicht, wie Sie das unter Ihrem Eide sagen können. Die Spatzen pfeifen es ja von den Dächern. — Zeuge: Ich **bestreite** das, daß wir uns solcher Leute bedienen. — R.-A. Broh: Ich will nur wissen, ob die Spitzel Ihnen solches Material zutragen. — Zeuge: Es ist doch zweierlei, ob ich Material erhalte oder es verwerte. — R.-A. Dr. Bönheim: Dieser Zeuge ist von dem Staatsanwalt genannt worden. Ich muß sagen, daß er für die Verteidigung kein Interesse hat. — R.-A. Broh: Mich hat er außerordentlich interessiert. — Justizrat Fränkl: Mich interessiert er gar nicht.

Kriminalkommissar Riemann von der Mordkommission

hatte bei der Vernehmung Liebs' den Eindruck, daß dieser durchaus die Wahrheit gesagt habe. Er habe sich dabei gewundert, daß Liebs so freiwillig ausgesagt habe. Auf Befragen des Vorsitzenden erklärt der Zeuge weiter, ihm hätte bei der Vernehmung des Liebs kein schriftliches Material vorgelegen. Er habe wohl aus dem **Blau-Prozeß** etwas von der Kampforganisation gehört, habe aber nicht daran geglaubt. Den Informationen über die K. O. hätten die Beamten sehr skeptisch gegenübergestanden.

Es kommt dann zu längeren Auseinandersetzungen zwischen dem Zeugen und dem R.-A. Broh über eine Stelle im Vernehmungsprotokoll des Liebs, wonach dieser zugegeben habe, daß die deutsche Rote Armee dieselben Ziele wie die russische verfolge. R.-A. Broh: Was verstehen Sie denn darunter? — Zeuge: Die Ziele der Bolschewisten. — R.-A. Broh: Und was für ein Bild machen Sie sich von diesen Zielen? — R.-A. Lamp (dazwischenrufend): Das war ja nur Stimmungsmache gegen den Bolschewismus. — Vors.: Was soll denn dieser Zwischenruf, wir sind doch hier in keiner Versammlung. — Zeuge: Die Bolschewisten bezwecken dasselbe wie die Kommunisten.

Schließlich stellt R.-A. Lamp den Antrag, auch Falk aus der Haft zu entlassen, da Tat- oder Fluchtverdacht bei ihm nicht vorlägen. — Nach längerer Beratung verkündet der Vorsitzende, das Gericht könne sich der Tatsache nicht verschließen, daß das bisherige Bild Falks nach der heutigen Verhandlung eine **gründliche Veränderung** erfahren habe. Trotzdem könne man sich aber nicht entschließen, ihn zu entlassen.

Sonnabend Fortsetzung.

Parteinachrichten.

Italien und Moskau. Turati erklärte auf eine Frage des Berichterstatters des „Giornale d'Italia" wegen der Moskauer Bedingungen, man müsse sich fragen, auf welche Stärke die Kommunisten in Italien rechnen könnten. Denn neun Zehntel der parlamentarischen Gruppen und die überwiegende Mehrheit der Organisationen seien, wie sich gelegentlich der Metallarbeiterbewegung gezeigt habe, keineswegs Kommunisten. Auf jeden Fall muß man, sagte Turati, den nächsten Parteikongreß abwarten und, wenn eine Spaltung eintreten sollte, werden wir die sozialistische Partei Italiens sein. Turati hob ferner hervor, die italienischen Sozialisten würden sich nicht als Anhang des bolschewistischen Rußlands betrachten lassen und würden ihren Erklärungen auf dem letzten Kongreß in Bologna treu bleiben. — Demnach darf man die italienische Sozialdemokratie trotz ihres Fernbleibens von Luzern und Genf nicht als moskowitisch betrachten.

Soziales.

Die Fürsorgetagungen in Jena.

Die von fünf großen Wohlfahrtsvereinigungen, darunter dem Deutschen Verein für öffentliche und private Fürsorge und der Deutschen Zentrale für Jugendfürsorge einberufenen Fürsorgetagungen in Jena begannen am Mittwoch unter zahlreicher und in den Referaten sowohl als in der Aussprache äußerst angeregter Teilnahme mit der Tagung des Deutschen Kinderschutzverbandes. „Die praktische Arbeit des vorbeugenden Kinderschutzes auf dem Lande und in der Stadt" war der Inhalt der Tagesordnung. Als die beste Methodik des vorbeugenden Kinderschutzes wurde von den Referenten das Ineinandergreifen von freier Liebestätigkeit, Arbeiterorganisationen, Behörden und Gericht angesehen. Die Kinderarbeit als solche wurde aus pädagogischen Gründen nicht abgelehnt, nur der Ausnützung, Ausbeutung und Ueberanstrengung der Kinder muß gesteuert werden. Hauptberichterstatter waren: Konrad Agahd-Neukölln, Dr. Irene Meißner-Leipzig, Dr. Käthe Winkelmann-Breslau, Stadtpfarrer Waterich-Stuttgart.

Zum Schlusse der Tagung brachte der Vorsitzende des Deutschen Kinderschutzverbandes, Oberlandesgerichtsrat Dr. Feisenberger, eine Entschließung ein, in der durch die Tagung ein weiteres Erstarken des Kinderschutzgedankens festgestellt wurde, und in der es weiterhin heißt: „Unter dem Eindruck der auf Grund der Erfahrungen der Teilnehmer gewonnenen Einsicht in die nach Umfang und Folgen geradezu katastrophalen Schädigungen der deutschen Kinder durch den Krieg fühlt sich die Versammlung gleichwohl veranlaßt, nicht nur das ganze deutsche Volk als solches, sondern auch jeden einzelnen eindringlich an die menschlichen und staatsbürgerlichen Pflichten zu erinnern, die jeder Erwachsene dem Kinde und der Jugend gegenüber hat.

Neu!
Frauenstimmen
Beiträge der sozialdemokratischen Volksvertreterinnen zu den Zeitfragen
Preis 2,25 Mark
und 20% Teuerungszuschlag
Buchhandlung Vorwärts
Berlin, Lindenstraße 2

Tippen worauf man muß fest und kräftig mit
Oetker's
Milch-Eiweiß-Pulver
mit Triebzusatz
Nährsalz u. gebrauchsfertig usw.
2-3 Eiweiß
für Pfannkuchen, Klöße, Kuchen, Torten.
Man verlange Rezeptbuch & Oetker & Co. GmbH Bielefeld.

Achtung, Brautleute!
1 Dukaten-Trauring
900 gestempelt 150 Mk. an
585 " 105 " "
333 " 65 " "
inkl. Luxussteuer.
Jeder Ring ist tadellos aus massivem Golde hergestellt bei voller Garantie für Feingehalt! Jede Größe am Lager.
G. Alb. Thal
Erstes Berliner Spezialgeschäft für Trauringe.
C. 19, Seydelstr. 5
(Spittelmarkt).
Eigene Fabrikation.

Torf
sowie ofenfertig. Brennholz, Kiefern und Buchen
liefert billigst
Kohlenkontor Wedding
G. m. b. H.
W. 50, Geisberger Str. 41.
Tel. Nollendorf 232 u. 233.

Platin
Abfälle
Gold-Kontakte
Silberbruch
Zahngebisse
Quecksilber
Brennstifte
kauft zu höchsten Tagespreisen
Adolf Friedländer
Kommand.str. 29
1 Treppe rechts.
Moritzplatz 4502.

Metall ankaufsstelle
Osten,
Grüner Weg 89
zahlt höchste Tagespreise für
Kupfer, Messing, Blei, Zink etc.

Magenleidende welche die ärztlich empf. radioaktiven Neu-Ragoczy-Heilquellen-Hauskur trinken erzielen hervorragende Heilerfolge. Verlangen Sie Prospekte von den Neu-Ragoczy-Heilquellen

durch das Propaganda-Bureau der **Bad Neu-Ragoczy-Aktien-Gesellschaft in Halle a. S., Barfüßerstraße 7** (Telephon 4667) oder von Gerhard H. O. Iwan, Berlin-Karlshorst, Prinz-Heinrich-Straße 11. (Telephon Oberschöneweide 3201.) 81/20

Theater, Lichtspiele etc.

Opernhaus.
Madame Butterfly.
7 Uhr.

Schauspielhaus.
Coriolan.
7 Uhr.

Direktion Max Reinhardt
Deutsches Theater.
7 Uhr: Othello.
Sonntag 7 Uhr: Der Kaufmann von Venedig.

Kammerspiele.
8 Uhr: Die Brandstätte.
Stg. 2½: Frühlings Erwachen
8 Uhr: Die Brandstätte.

Gr. Schauspielhaus
(Karlstraße)
8 Uhr: Jedermann (ausv. Ab.)
Stg. 2½: Dantons (N.-Abt. B, 6. V.)
8 Uhr: Jedermann (ausv. Ab.

Theater i. d.
KöniggrätzerStraße
½8 Uhr: Mirandolina.
Sonntag: Mirandolina.
Montag: Mirandolina.

Komödienhaus
½8: Eine Nacht im Paradies.

Berliner Theater
½8 Uhr: Der letzte Walzer mit Fritzi Massary.

Central-Theater
7½: Frau Bärbel (Operette)
Deutsches Operahaus
7½ U.: Meistersinger v. Nürnberg
Friedr.-Wilhelmst. Th.
7½ U.: Hohelt die Tänzerin.
Kleines Theater.
7½ Uhr: Die Pfarrhauskomödie
Kl. Schauspielhaus.
7½ U.: Der Floh im Panzerhaus
Komische Oper
7½ Uhr: Liebe im Schnee.
Lustspielhaus
7¼ Uhr: Arnold Rieck in Zwangseinquartierung.
Metropol-Theater.
7 U.: Hollandweibchen
Neues Central-Theater
7½ U.: Die Dame im Frack.
Neues Operettenhaus
7½ U.: Die Csikósharoness.
Neues Volkstheater
7½ Uhr: Der Biberpelz
Schiller-Theat. Charl.
7½ Uhr: Bettinas Verlobung
Thalia-Theater
7¼ U.: Der dumme Franzl.
Th. am Nollendorfplatz
7 Uhr: Wenn Lieke erwacht
Theater des Westens
7½ U.: Der ersten Liebe gold. Zeit
Wallner-Theater
Z. i. M. 7 Uhr: Der Geiger von Lugano
Walhalla-Theater.
7½ Uhr: Gastsp. Hartstein

Residenz-Theater.
Untergrundbahn Klosterstr.
Täglich ½8 Uhr:
Die Freundin.
Von Hermann Sudermann.
Sonntag 4 Uhr, kleine Preise:
Die Freundin.
Dienst. 4 Uhr: Schneewittchen

Trianon-Theater.
Heute 4 Uhr, kleine Preise:
Rotkäppchen.
Täglich ½8 Uhr:
Der Roman einer Frau.
Sonntag 4 Uhr, kleine Preise:
Der Roman einer Frau.

Casino-Theater
Lothringer Str. 37. — Tgl. ½8:
Knorps sel. Witwe
und „Anschluß verpaßt".
Singspiel mit Viktor Litzek.
Sonntag 3½: Gebrüder Zorn.

Folies Caprice.
Täglich ½8 Uhr abends:
Versicherung geg. Ehebruch
Eine unruhige Nacht
Lea's Ohnmacht
mit Ferd. Grünecker.

Walhalla Theater
a. Rosenthaler Pl.
Heute und folg. Tage: 7½
Wilhelm Hartstein
in
Er oder Er
u. d. gr. Programm
Sonntags 2 Vorstellungen
Nachmittags: ungekürzt wie abends
Ermäßigte Preise!

Volksbühne
Theater am Bülowplatz.
7½ U.: Der Richter von Zalamea.

Lessing-Theater.
7 Uhr, zum 1. Male:
Das Gelübde.
Schauspiel in 3 Aufzügen von Heinrich Lautensack.
(Konstantin, Loos, Klöpfer, Lind.)
Sonntag und Montag 7½:
Das Gelübde.

Deutsches Künstler-Theater
Allabendlich ½8 Uhr:
Die Scheidungsreise
mit Max Adalbert und Trude Hesterberg.

Rose-Theater.
3½ Uhr: Schneewittchen.
7½ Uhr:
Die Ratten.

Apollo-
7½ Theater 7½
Dir. James Klein.
Herbst-Sensations-
Eröffnungsprogramm
Gastspiel d. internat. preisgekr.
Meister-Detektivs
Hannussen
m. sein. einz. dastehd. Experim. u. Vorführ.
5 Carras
d. best. Akrob. d. Welt
Tegethoff
Schwed. Illusionist m. nie gez. Darbietung
Madame Lauré
d. tollkühne Schönh. u. weit. Sensationen.
Sonntag 3½ U. jeder Erwachs. 1 Kind frei

Schall und Rauch
Im großen Schauspielhaus
Bh. Friedrichstr. Tel. Nord 8643
Dir. Hans v. Wolzogen.
Das gr. September-Progr.
mit Kulissen d. Seele
v. Nik. Nikolajew. Evreinoff.
Hauptroll.: Hermann Thimig, Rob. Forster-Larrinaga, A. Flügel: Kpmstr. Spoliansky, Balalaika-Orchester.
Konzert 7½ Beginn 8¼

Circus Busch
Heute 7.15: Hans Stosch-Sarrasani
Premiere.
Vorv.: Warenhäuser Tietz.
Morg. 3 u. 7.15: 2 Vorstell.

Behrenstr. 54.

Reichshall.-Theater
Abends 7½ und Sonntag Nm. 3
Stettiner Sänger
Nachmittags halbe Preise.

Varieté-Café
Moritzplatz
Oranienstraße 53-54
Martin Loewe
Arno und Floyd
Origin. 3 Urbanis
und das große
Varieté-Programm.

Eintritt frei.
Adi-Haus
Taubenstr. 34 — Ztr. 1052
Käthi Blank
Hans Brückner
Elen Scholz
Walter Pinkus
Antje van Laer
Gerda Latta
Hans Mathes
Hella Bella
Adolf Liebau
Heddy u. Heinz Geroled
Adi Liebaus Meisterquart.
Erstkl. Küche, fl. Weine
Mocca, Tee, Schokolade
Beginn 7 Uhr.
Eintritt frei.

Trabrennen Ruhleben

am Sonntag, den 26. September,
nachmittags 2 Uhr.

Winter-Garten
Täglich 7.15 Uhr:
Varieté-Spielplan
Rauchen gestattet!

Theater a. Kottbus. Tor
Tel.: Moritzplatz 14814.
Täglich 7½ Uhr und Sonntag nachm. 3 U.:
Elite-Sänger
Blüthgen-Konzert
Beginn 7 Uhr.
Vorv. 11-1½, 4-6 Uhr

Admirals-Palast
7½ U.: Flirt in St. Moritz.

„Schlafe patent"

Raum sparend
Geld sparend
Miete sparend
Katalog 193 gratis
R. Jaekel's
Patent-Möbel-Fabrik,
Markgrafen-, Ecke Kochstr.

Die am 1. Oktober bzw. 1. November 1920 fälligen Zinsscheine unserer unkünd baren 3½% u. 4½%igen Hypothekenpfandbriefe werden bereits jetzt bzw. vom 15. Oktober dieses Jahres ab in Gotha und Berlin bei unseren Kassen, ferner in Berlin bei der Dresdner Bank, der Berliner Handels-Gesellschaft, der Deutschen Bank, der Direktion der Disconto-Gesellschaft, der Bank für Handel und Industrie und Herren Georg Fromberg & Co. eingelöst. 151/1
Gotha, den 27. Septbr. 1920.
Deutsche Grundcredit-Bank.

Unsere Gesellschaft hat sich am 1. September 1920 aufgelöst. Etwaige Gläubiger wollen sich bei uns melden.
Hof, 22. September 1920.
Volksstimme, Verlag Daniel Stücklen & Co., G. m. b. H., in Liquidation: Hans Münzheimer. Johann Müller. 180/19

Leute, kauft heute! Zu noch nicht dagewesenen billigen Preisen erstklassige blaue und gemusterte Jackettanzüge, Cutawayanzüge, Gehrockanzüge, Raglanulster, Morgenpaletots, Kammgarnhosen, Luft, Reichenberger Straße 16, vorn I, direkt am Kottbuser Tor. 1755b

Zahle über die höchsten Tagespreise
Kupfer, Messing, Zink, Blei, Quecksilber,
Lothringer Straße 48, am Rosenthaler Platz.
Bernauer Straße 93.

Vereinigung der Rechtsfreunde
Berlin N. 24, Friedrichstraße 127, nahe Karlstr.
die Rechtsauskunftei des großen Publikums
Prozeßabteilung — Sprechzeit 9—8
Bisher über 125 000 Ratsuchende.

Friedrich Stampfer:
Von Versailles zum Frieden
Der Weg vom Scheinfrieden zum wirklichen Frieden!
Stampfer beschränkt sich nicht allein auf die Kritik der in übersichtlicher Darstellung gebotenen Vertragsbedingungen, sondern er beweist die Möglichkeit, ohne neue Nachkriege und ohne eine allgemeine neue Friedenskonferenz durch Verbesserung der Beziehungen zwischen Deutschland und seinen bisherigen Gegnern, durch Senkung der Lasten und verständnisvolle Annahme und Ausführung des Vertrages einen für uns und die anderen Völker erträglichen Zustand zu schaffen. Eine französ. und engl. Ausgabe ist in Vorbereitung.
Preis 4 Mk. und 20% Teuerungszuschlag
Buchhandlung Vorwärts
Berlin SW 68, Lindenstr. 2

Doppel-Riegel
Industrie-Kern, ca. 250 g schwer
Stück 3.75 M. ohne Karton. 85/13
Max Bernhard Kiwi Berlin SW 68 Friedrichstr. 204.

Nur einmalige Anzeige!
Den seit Jahren an mich ergangenen Aufforderungen entsprechend, will ich Anfang Oktober einen Klassenkursus in Berlin (Mitte) für
Redekunst – Hypnose
Suggestion, Gedenken, Heilmagnetismus usw. eröffnen. Unentbehrlich für Damen und Herren, die
Gesundheit — Lebensglück — Erfolg
im Leben wünschen. Von jedermann erlernbar. Glänzende Anerkennung aus allen Kreisen. Der Kursus wird in 10 Wochen erledigt. Unterricht jeden Sonnabend von 7—10 Uhr abends und Sonntags früh von 9—12 Uhr. Teilnahme nur bei sofortiger Anmeldung möglich. — Man fordere sofort genauere Auskunft von der Lehranstalt 183/2
Carl Weißleder in Bergedorf
bei Hamburg, Ernst-Mantius-Straße 5.

Eck-Restaurant
oder Destillation in Berlin mit nachweislich gutem Geschäftsgange (Bierumsatz) gesucht.
Offerten m. Darlegung d. Wohnungsverhältnisse u. d. Mietpreis. u. P. O. 8930 an Invalidendank, Berlin W 9.

Besonders billiges
Möbel-Angebot!

Schlafzimmer
1 Schrank, Eiche
1 Waschtoilette mit Marmor
2 Nachttische m.
2 Bettstellen
2 Patentböden
2 dreiteilige Auflagen
2 Stühle
1 Handtuchhalter
Mk. 3900, 5750, 8500
etc.

Speisezimmer
1 Büfett, Eiche
1 Kredenz
1 Ausziehtisch
6 Stühle
mit Ia Polsterung
Prima Ausführung
Mk. 4500, 6800, 8500
etc.

Herrenzimmer
1 Bibliothek, Eiche
1 Schreibtisch
1 runder Tisch
1 Schreibsessel
2 Stühle
Mk. 4250, 5800, 7450
etc.

Küchen
1 Büfett
1 Anrichte
1 Tisch
2 Stühle
1 Kohlenkasten
1 Handtuchhalter
Mk. 675, 875, 1250
etc.

M. Schlewinsky & Co.
Berlin C., Dircksenstr. 31
am Bahnhof Alexanderplatz
Ecke Königsgraben

Zu verkaufen
flottgehende Gastwirtschaft,
hoher Bierumsatz bei billiger Miete, Wohnungstausch, umständehalber. Selbstreflektanten wollen sich melden unter P. N. 8949 durch „Invalidendank", Berlin W 9.

Möbel Bar oder Kredit
mit kleinster An- und Abzahlung
liefert an jedermann, auch auswärts
Möbel-Groß
Große Frankfurter Straße 141
Invalidenstraße 5, Eingang Ackerstraße

Oberlandesgerichtsrat
außerd. sachgemäße Rechtsberatung, Abwicklung schwierigster Fälle. Ehe, Alimenten, Vertrauenssachen, Ermittelungen.
Potsdamer Str. 115, Lützow 2494. Direktor Fabisch.

Phorosan - Heilinstitut
für Haut-, Geschlechtskranke u. Frauenleiden
Großbeerenstr. 67.
Gonorrhöe-Behandlung nach dem neuen schmerzlosen Phorosan-Verfahren. Syphiliskur. Streng wissenschaftlich. Spez.-ärztl. Leitung. Separate Zimmer. Sprechstunden 11—5 außer Dienstag. — Kurdauer siehe Broschüre: „Die Gonorrhöe und ihre Zwölftagekur" M. 3,—. Prospekt „V" gegen Porto.

Gute Existenz
für tüchtigen, umsichtigen Mitt! Saal-Etablissement, Gewerkschaftshaus, Sitz des Kartells mit Bureaus, gr. Parkettsaal, Gärten, Stallung, gr. Umf., gute Lage, größ. hannov. Stadt. Pr. 220 Mille. Anz. 45—50 Mille. 943D
Kuhnle & Barth, Hannover, Mehlstr. 6.

Möbel
zu bedeutend herabgesetzten Preisen
gegen bar und auf Teilzahlung
b. klein. An- u. Abzahlung
Bürg. Wohnungseinricht.
Wohnzimm., Schlafzimm., Speisezimm. Herrenzimm. in großer Auswahl
Einzelne Möbel
Farbige Küchen
Beiser
Lothringer Str. 67.

Herren- u. Damenhut-
Umpresserei
m. Einrichtung u. elektr. Betrieb evtl. Wohnungstausch, ganz od. teilweise billig verkäuflich. 20/20
Bln. SO, Pücklerstr. 22.

Zinn, rein 47,– per kg
Weißmetall . 30.– „ „
Kupfer . . . 17,25 „ „
und andere Metalle kauft laufend höchstzahlend
Eichler, Mainzer Straße 26
zwischen Bahnhof Gesundbrunnen u. Schönhauser Allee.

Stoffe
zur Damen- und Herrenbekleidung
Futterstoffe ○ Knöpfe
Konfektion
für Damen und Mädchen Maßanfertigung
Herabgesetzte Preise!
C. Pelz
5 Kottbuser Straße 5

Jedermann kann
sich überzeugen, daß er für
Kupfer, Rotguß, Messing, Blei, Zink und Zinn,
sowie alle übrigen Metalle die allerhöchst. Tagespreise erhält
Fritz Behrens
Blumenstraße 71
Ecke Markusstraße.

Zinn 50.–, Blei 5.–
Bierschlangen bis 45.–,
sämtl. Altmetalle höchstzahlend.
Händler Extra-Preise!
Zinnschmelze Prinzessinenstraße 17 (Moritzplatz u. Werth.).

Reichsbund jüdischer Frontsoldaten

Für unsere im Weltkriege für das deutsche Vaterland gefallenen jüdischen Kameraden findet am Sonntag, den 26. September 1920, vormittags 11½ Uhr, auf dem Ehrenfelde des jüdischen Friedhofes in Weißensee, Lothringenstraße, eine
Gedächtnisfeier
statt. Alle jüdischen Kameraden und deren Angehörige sowie die Angehörigen der Gefallenen sind herzlichst eingeladen. Bei ungünstiger Witterung findet die Feier in der Halle statt.
Reichsbund jüdischer Frontsoldaten
Dr. Löwenstein, Hauptmann d. R. a. D., Bundesvorsitzender.
Dr. Jacob, Leutnant d. R. a. D., Vors. d. Ortsgr. Berlin.

Danksagung.
Allen Genossinnen der 30. Abteilung für die bei dem Hinscheiden unserer guten Mutter und meiner unvergeßlichen Ehefrau erwiesene Teilnahme sage hierdurch meinen herzlichsten Dank. 151/16
W. Bremisch und Kinder.

Juckkrätze
verschwindet in wenig. Tagen d. Reichels Krätzebalsam, der auch in den hartnäckigst. Fällen vollkommen sicher wirkt. Fl. 7,50. Otto Reichel, Berlin 43, Elsenbahnstr. 4.

Altmetalle
Zinn, Lötzinn, Lagermetalle, Quecksilber — höhere Preise. —
Dresdener Strasse 13-14.

Buchhandlung Vorwärts
G. m. b. H.
Berlin SW. 68, Lindenstraße 3
Unser Wald
Ein Volksbuch von Curt Grottewitz
Herausgegeben von Wilhelm Bölsche
Preis geb. Mk. 9.–

Zinn u. Blei
sowie alle Altmetalle kaufen zu höchsten Preisen
Metallschmelzwerke,
Waldemarstr. 74.
Telephon: Moritzplatz 9955

Preise herabgesetzt!
Schlafzimmer
Eiche 4000 M.
Speisezimmer
Eiche 4600 M.
Herrenzimmer
Eiche 3500 M.
Auf Wunsch Zahlungserleichterung.
Julius Krause
40 Kastanienallee 40

!!! Geld !!!
für jede Summe. Höchste Ankaufspreise für Pfandscheine, Brillanten, Goldgegenstände, Teppiche, Bücher usw. Wittl. Friedrichstr. 41 III. Ecke Kochstr.

Stellenangebote
Die
Flensburger Volkszeitung
sucht zum baldmöglichsten Antritt einen
politischen Redakteur.
Erwünscht ist tüchtige erste Kraft, die u. a. auch mit der Behandlung der Grenzfragen vertraut ist. Anstellung erfolgt zu den Bedingungen des Vereins „Arbeiterpresse". Bewerbungen sind an den Vorsitzenden der Preßkommission, Gen. B. Eichhorn, Flensburg, Nikolaistraße 6, III, zu richten.

Heizungsmonteure,
selbständige, sucht sofort 945D
David Grove A.-G.,
Charlottenburg,
Kaiserin-Augusta-Allee 86.

Bei der hiesigen Bürgermeisterei ist die Stelle eines
besoldeten Beigeordneten
zu besetzen. Die Bürgermeisterei zählt annähernd 20 000 Einwohner; sie ist in stark industrieller Entwicklung begriffen. Besoldung vorbehaltlich der Genehmigung des Kreisausschusses nach Gruppe 11 des preußischen Besoldungsgesetzes. 165D
Bewerber, welche die Befähigung zum Richteramt besitzen und möglichst über größere Erfahrung in der Kommunalverwaltung verfügen, wollen ihre Meldung bis spätestens 15. Oktober d. J. an den Unterzeichneten einreichen.
Hochemmerich, den 20. September 1920.
Der Bürgermeister.
Graßner.

Erstklassige Gummifabrik
sucht einen durchaus erfahrenen
Absatzmeister.
Gefl. Angebote unter C. V. 291 an 85/5
ALA-Haasenstein & Vogler, Hannover.

I. Bureaumaschinenmechaniker
als Werkstattleiter auf sofort oder später gegen guten Lohn gesucht. 133/20
W. Mogge & Wallis
Abteilung Schreibmaschinen
Hannover, Georgstraße 1.

Vertreter
für Faß- und Flaschenbier
von Berliner Groß-Brauerei gesucht.
Herren, die in Fabrikantinen eingeführt sind, werden bevorzugt. Angebote erbeten unter Z. 5 an die Hauptexpedition des „Vorwärts".

Gewandte Damen u. Herren
zur Gewinnung von Inseraten per sofort gesucht. Offerten unter D. 6 an die Geschäftsstelle des „Vorwärts", Berlin SW, Lindenstraße 3.

Kreuzfüchse 300 M.
Alaska-, Blau-, Zobel-, Silber- u. Weißfüchse, Damen-Pelzmäntel, Herren-Ueb- u. Sportpelze b. z. Hälfte d. Preise herabgesetzt. Ferner Cutaways, Paletots, Ulster, früh. bis 1200 M., jetzt 350—480 M. Große Post. Hosen, Stück 60 M. (Keine Lombardw.)
Leihhaus Moritzplatz 58a, Größt. Spezialhaus d. Art

Kommunistische Partei Nr. III.

Von Lettow-Vorbeck bis Lauffenberg.

Hamburg, 24. September. (Eigener Drahtbericht des „Vorwärts"). Da die bevorstehende Spaltung der U. S. P. noch nicht zur Zersplitterung der Arbeiterschaft genügt, ist zweifellos das Bedürfnis nach einer weiteren radikalen Partei vorhanden; dem tragen die Hamburger Nationalbolschewisten Rechnung. In der „Kommunistischen Arbeiter-Zeitung" kündigen Lauffenberg und Wolffheim die Gründung einer Partei, genannt „Der Bund der Kommunisten", an. Es heißt da: „Der Aktionsausschuß der K. A. P. D. Hamburgs hat einstimmig beschlossen, der Mitgliederversammlung einen Entwurf der Satzung des Bundes der Kommunisten vorzulegen." Aus diesem Entwurf ist hervorzuheben als Ziel:

> Errichtung der kommunistischen Republik Deutschland, Sicherung ihres Bestandes nach innen und außen, Wahl von Betriebsräten und politischen Arbeiterräten nach der Bewaffnung der Arbeiterklasse, Organisation der **revolutionären Verteidigung gegen die imperialistischen Mächte des Völkerbundes.**

Was der neuen Partei das besondere Gepräge gibt, ist der letzte Absatz dieser Satzung:

> „Der Bund erkennt für Deutschland die „Allgemeine Arbeiterunion" und die „Freie Vereinigung zum Studium des deutschen Kommunismus" als gleichgerichtete Bewegungen an.

Diese Freie Vereinigung zum Studium des deutschen Kommunismus ist dieselbe, die den **General v. Lettow-Vorbeck** (den vermutlichen Präsidentschaftskandidaten der Rechten) als Mitglied eingeladen hat und der eine große Anzahl rechtsgerichteter Nationalbolschewisten angehören.

In derselben Nummer der „K. A. Z." zeigen Lauffenberg und Wolffheim das Erscheinen einer neuen Broschüre an, die sehr selbstbewußt heißt: „Moskau und die deutsche Revolution, eine kritische Erledigung der bolschewistischen Methoden".

Um stille Teilnahme wird gebeten.

Nach mehreren vor Aufregung schlaflos verbrachten Nächten hat die deutschnationale Abgeordnete Frau Katharina von Oheimb an die in Betracht kommenden behördlichen Stellen im Reich die nachstehenden Ausführungen gerichtet:

> Wenn auch besonders von linksstehender Seite das Bestehen einer sogenannten roten Armee in Deutschland geleugnet wird, so besteht sie doch im geheimen weiter.
>
> Die wie Pilze aus der Erde geschossenen in jeder Stadt und jedem Dorf zahlreich bestehenden Arbeiter-, Radfahr-, Turn-, Sport-, Fußball- usw. Vereine sind geheime Formationen der roten Armee. Sie sind kleine Einheiten, aus denen Gruppen, Züge, Kompagnien, Stoßtrupps, Radfahrerabteilungen, Handgranatenwerfer, Melde-, Nachrichtentrupps usw. gebildet werden sollen. In einigen Ortschaften der Provinz Sachsen, wie besonders in Ermsleben, Aschersleben, Hettstedt, Sangerhausen sollen zahlreiche Waffen sehr geschickt verborgen sein. Die Abgabe der Waffen geschah bisher fast nur von seiten bürgerlicher Kreise. Der famose Oberpräsident der Provinz Sachsen, Herr Hoersing, wird dies alles natürlich ableugnen seinen roten Freunden zuliebe und von der jetzigen preußischen Regierung sind hiergegen keine Maßnahmen zu erwarten. Aber trotzdem sind die Zustände solcherart.

Wir wünschen der armen Frau v. Oheimb recht sorgsame Pflege zur Beruhigung ihrer aufgeregten Nerven und wollen nicht verfehlen, die gesamte Psychiatrie darauf hinzuweisen, daß ihre Zustände „solcherart" sind.

Das Versagen der Monarchie.

Ein Bekenntnis Reventlows.

Eine eigenartige Ehrenrettung des monarchistischen Gedankens unternimmt Graf Reventlow in den „Grenzboten". Er schreibt nämlich:

> Versagt hat nicht das monarchistische System, sondern die Personen haben versagt, vor allem die Monarchen, und ihre unmittelbaren ersten Diener und Berater.

Ist das ein Unterschied? — Das monarchistische System ist von der Person des Monarchen nicht zu trennen. Denn es beruht ja gerade darauf, daß der monarchistisch regierte Staat jeden Herrscher, ob fähig oder unfähig, ob begabt oder unbegabt, selbst einen geistig minderwertigen und willensschwachen Menschen widerspruchslos hinnehmen muß, wenn jener durch die festgelegte Thronfolge zur Herrschaft berufen ist. Gerade die konservative Partei, der Graf Reventlow bis zur Revolution angehörte, hat in ihrem bis ebendahin gültigen Tivoli-Programm nachdrücklichst an der „Monarchie von Gottes Gnaden" festgehalten, d. h. an der Theorie, daß Gott selber durch das Mysterium der Erbgeburt die Person des Monarchen auswähle und begnade, wogegen menschlicher Widerspruch nicht zulässig ist. Ebenso hat die Konservative Partei es als das unverbrüchliche Recht des Monarchen betrachtet, sich seine Ratgeber nach eigenem Ermessen auszusuchen, und das Gegenteil als „Schattenmonarchie" auf das entschiedenste abgelehnt.

Der Gedanke, daß man sich den Monarchen auswählen könnte, ist mit dem Begriff der Monarchie schlechterdings unvereinbar. Denn beginnt man erst mit einer Kritik der Fähigkeiten der einzelnen Kandidaten, so entsteht von selbst die Frage, warum die Auswahl nur auf eine Familie beschränkt bleiben soll, in der es vielleicht überhaupt an Talenten mangelt. Dehnt man aber den Kreis der Wählbaren aus, so nähert man sich immer mehr der jetzigen republikanischen Staatsverfassung, in der ein befähigter und vom Vertrauen des Volkes getragener Mann zum Präsidenten gewählt wird. Gerade in dem jämmerlichen Versagen der Person Wilhelms des Zweiten, der Deutschland ins Unglück gestürzt hat, zeigt sich der ganze innere Bankerott des erblichen Kaisertums.

Der Magen der Kirche.

Wie uns aus Mittenwalde mitgeteilt wird, ist die Revolution an den dort herrschenden Geistlichen spurlos vorübergegangen. Noch immer senden sie für Kaiser und König ihre Gebete zum Himmel, obwohl der Gottesdienst fast nur noch von Kirchenbeamten besucht wird. Auch die verlorenen Schäflein — Kinder, welche nicht am Religionsunterricht teilnehmen — sucht der Herr Pfarrer in den Schoß der alleinseligmachenden Kirche zurückzuführen, indem er die von Gott verlassenen Eltern durch persönliche Besuche über ihre „Pflichtvergessenheit" aufzuklären sucht.

Ueber dieser seelsorgerischen Tätigkeit jedoch vergißt die Kirche nicht ihr leibliches Wohl. Der Verpächter kirchlicher Ländereien, der Herr Propst, schloß nämlich kürzlich eine Vereinbarung mit seinen Pächtern ab, nach der sich diese schriftlich verpflichten mußten, außer verdoppelter Pacht unentgeltlich zwei Zentner Kartoffeln oder einen Zentner Getreide an den Verpächter, den Propst, abzuliefern. Man wartet in Mittelwalde voller Spannung darauf, ob die Stadt dem Herrn Propst für die Lieferungen vielleicht auch noch die geeigneten Räumlichkeiten zur Verfügung stellt.

Leygues statt Millerand.

Paris, 24. September. (Havas.) **Präsident Millerand hat Leygues mit der Bildung des Kabinetts beauftragt. Leygues hat angenommen und die Ministerpräsidentschaft und das Ministerium des Aeußern übernommen. Das übrige Kabinett bleibt im Amte.**

Leygues ist mehrfach Minister gewesen, aber bisher nicht so hervorgetreten, daß sein Name sich dem Ausland besonders eingeprägt hätte. Er gehört zu den linken Republikanern.

Während von Poincaré und Briand unter Umständen zu erwarten gewesen wäre, daß sie ihren eigenen Kopf aufsetzen — Poincaré freilich mit dem Käppi des Herrn Foch drauf — ist Herr Leygues Millerands Ministerpräsident.

Jean Leygues (sprich Leha) steht im 62. Lebensjahr, war Stadtrat in seiner südfranzösischen Heimatstadt Villeneuve am Lot, hat dort eine Zeitung gegründet und seither zahlreiche poetische Werke veröffentlicht. Die literarische Arbeit ist sein Lebensberuf. Er hat als Minister zumeist die Unterrichts- und Kunstverwaltung geleitet.

Friedensschluß oder Blockade!

Wenn eine Pariser Meldung des „Daily Telegraph" richtig ist, dann soll Sowjetrußland durch neue Blockadedrohung gezwungen werden, Polens Friedensbedingungen anzunehmen. Der Botschafterrat habe beschlossen, die Blockade am 15. Oktober wiedereinsetzen zu lassen, falls bis 10. Oktober nicht der Friede mit Polen unterzeichnet ist.

Polens Friedensbedingungen.

Die Londoner „Morningpost" berichtet: Die polnischen Friedensbedingungen enthalten die Forderung, daß die Bolschewisten sich hinter die Linie von Baranowitschi, d. h. hinter die Linie zurückziehen sollen, die die Polen vor dem roten Vormarsch im Juli besetzt hielten. Weiter soll eine Demobilisierung erfolgen, die durch Sachverständige der Friedenskonferenz geregelt werden muß. Die Eisenbahnlinie Bialystok—Grajewo soll unter polnischer Kontrolle für den Verkehr geöffnet werden.

Die Kriegslage.

Königsberg, 24. September. (WTB.) Oestlich von Kremenetz besetzten die Polen den Ort Ljachowzy. Die Polen melden folgende Gesamtbeute: Im Festungsdreieck Luck—Dubno—Rowno in Verfolg der Kämpfe vom 12. September 4000 Gefangene, 28 Geschütze, mehrere hundert Maschinengewehre, einen Panzerzug, einen Sanitätszug, zwölf Lokomotiven, 1500 Waggons mit Munition und Explosivstoffen, große Mengen an technischem Material und Lebensmitteln. Im Raume Grodno—Kobryn wurden an einzelnen Angriffsstellen die zum Teil mit großer Heftigkeit geführten Angriffe starker neu eingesetzter bolschewistischer Truppenmassen von den Polen durchweg abgewiesen.

Völkerbundsarbeit.

Als die deutsche Regierung noch vor der Entscheidung erfuhr, daß Belgien dem Völkerbundrat eine Denkschrift über Eupen-Malmedy übermittelt hat, telegraphierte sie ihre Erwartung, zur Gegenäußerung über geschichtliche und wirtschaftliche Behauptungen oder Angriffe auf die deutsche Regierung Gelegenheit zu erhalten. Bis heute hat die deutsche Regierung jedoch die belgische Denkschrift nicht erhalten.

Sehr merkwürdig ist die Stelle aus einem Protokoll des Völkerbundrates vom 13. Februar, wonach „er in einzelne Fragen nicht allzusehr herabsteigen dürfe, da er sonst Gefahr laufen würde, sich zu materialisieren und die hohen moralischen Prinzipien, die er sich als oberster Appellhof der Welt bewahren müsse, dauernd zu kompromittiren".

Sprachs und billigte feierlich die niederträchtige Vergewaltigung deutscher Reichsteile.

*

Die Reichsregierung hat vom Generalsekretariat des Völkerbundes zu der am 5. Oktober in Paris beginnenden Tagung des vorläufigen Völkerbundausschusses für Verkehrs- und Transitfragen eine Einladung erhalten, die sie angenommen hat. Es sollen in erster Linie die Maßnahmen, die zur Erleichterung des internationalen Reiseverkehrs, insbesondere hinsichtlich der Ausstellung direkter Fahrkarten, sowie der Zoll- und Paß behandlung beraten werden.

Einem englischen Komitee sagte Curzon, er sei bereit, die Paßbeschränkungen aufzuheben, wenn die anderen Länder das gleiche täten.

*

Nach der Prager „Bohemia" wird der Verband der bürgerlichen deutschen Abgeordneten des tschecho-slowakischen Parlaments dem Völkerbund eine Beschwerde über Verletzung des im Friedensvertrage zugesicherten Minderheitsschutzes überreichen.

Gerade recht kommt die folgende Meldung aus Mährisch-Ostrau: Trotzdem den hiesigen Deutschen bereits drei Schulen genommen wurden, beschloß die tschechische Rathausmehrheit, eine weitere deutsche Schule zu beschlagnahmen. Da die Räumung der Schule nicht sogleich erfolgte, stürmte die tschechische Volksmenge ungeachtet der Beruhigungsversuche des Bezirkshauptmanns das Schulgebäude und verjagte die deutschen Kinder mit Gewalt aus den Klassenzimmern.

Auch eine Volksabstimmung.

Während sonst die Volksabstimmungsgebiete durch Besetzung mit Ententemilitär wenigstens zum Schein — teilweise auch wirklich — den am Ausgang interessierten Staaten bis zur Entscheidung entzogen wurden, hat man in Kärnten Südslavenmilitär herrschen lassen — und wie! Jetzt hat man es endlich weggeholt, aber die südslavische Gendarmerie ist geblieben, und täglich laufen Berichte von Uebergriffen der in die Gendarmerie eingereihten Prügelgarden und von blutigen Vorfällen ein. Die Bevölkerung erklärt an verschiedenen Orten, daß ihr nichts übrig bleibe als Selbsthilfe, wenn nicht die Alliierten einschreiten. Die Lage ist außerordentlich gespannt; trotzdem kommt aus zuverlässiger Quelle die Nachricht, daß der Botschafterrat es abgelehnt hat, der Kommission zur Durchführung ihrer Aufgabe Truppen zur Verfügung zu stellen. Erreicht wurde nur, daß die Kommission die Bildung eines Organs zugesagt hat, das die Zusammensetzung und Tauglichkeit der neuen Gendarmerie nachprüfen soll.

Die französischen Lehrergewerkschaften haben beschlossen, der Aufforderung der Regierung, sich bis zum 30. September aufzulösen, nicht nachzukommen. — Ja, da kann kein Millerand was dran machen. . . .

Aufschiebung des Kohlenstreiks.

London, 23. Sept. (Holländsch Nieuwsbureau.) **Die Arbeiterführer Thomas, Tillet und Bevans sprachen sich für Versöhnung und Fortsetzung der Verhandlungen aus. Die Sitzung, die heute morgen vom gewerkschaftlichen Dreiverband abgehalten wurde, dauerte nur ganz kurze Zeit. Die Grubenarbeiter zeigten sich etwas entgegenkommender und haben sofort die Wiederaufnahme der Verhandlungen genehmigt. Sie verließen die Sitzung, um mit dem Premierminister neue Besprechungen abzuhalten.**

London, 24. Sept. (Reuter.) **Die Konferenz der Bergarbeiterdelegierten hat beschlossen, dem Ersuchen Lloyd Georges stattzugeben und die Streikankündigung um eine Woche aufzuschieben.**

Die Brüsseler Konferenz.

Die Welt-Finanzkonferenz, an der auch Deutschland, nicht aber Rußland teilnimmt, hat begonnen.

WTB. erfährt aus französischer Quelle, daß die französischen Delegierten den festen Wunsch haben, nützliche Arbeit zu leisten unter Vermeidung aller gefährlichen Gegenstände, die zu einer Trennung führen könnten. Man hegt die Hoffnung, daß die deutsche Delegation von denselben Absichten beseelt sei und durch ihre Haltung die Arbeit der Konferenz erleichtern werde. Jedenfalls sei die französische Delegation fest entschlossen, nicht zu gestatten, daß in ihrer Gegenwart und noch weniger unter ihrer Mitarbeit irgendwie an der Integrität des Versailler „Vertrages" gerührt werde. Sie würde es nicht dulden, daß unter dem Vorwand, die finanzielle und die wirtschaftliche Lage Europas zu besprechen, die Frage einer Revision des Versailler „Vertrages" aufgeworfen werden könnte.

Es scheint sicher, daß entsprechend den französischen Vorschlägen Abstimmungen nach Delegierten und nicht nach Mächten stattfinden werden. Indessen werden die Entschließungen der Konferenz nach diplomatischem Gebrauch einstimmig angenommen werden müssen.

Bleibt das Diktat bestehen, so gibt es keinen Weg zur Besserung, und es ist schade um die Konferenzkosten.

Brüssel, 23. September. (H. N.) Die erste Sitzung der Konferenz fand um ¾4 Uhr statt. Den Vorsitz führte Ador-Schweiz. Delacroix begrüßte die Mitglieder der Konferenz im Namen der belgischen Regierung und setzte den Zweck und die Wichtigkeit der Konferenz auseinander. Lebhaft wurden dann die Berichte der beratenden Ausschüsse besprochen und ferner wurden die Mitglieder der verschiedenen Ausschüsse ernannt. Ador wurde endgültig zum Vorsitzenden ernannt, Sekretär ist Monnet. Zu Vizevorsitzenden wurden gewählt: Brand (Amerika), Celies (Frankreich), Viffering (Holland) und Minister Oploter (Belgien). Das weitere Bureau besteht aus einem Italiener, einem Spanier, einem Kanadier, einem Japaner, einem Argentinier und einem Schweden.

Polenmunition in Danzig explodiert.

Danzig, 24. September. (WTB.) **Im Freihafenbezirk (Nordseite) in Danzig-Neufahrwasser kam es Freitag nachmittag gegen 1 Uhr zu einer Explosion. Im Rahmen der Munitionstransporte für Polen war ein Zug mit Munition geladen worden. Als der Zug, um zu rangieren, langsam anzog, erfolgte plötzlich eine gewaltige Detonation; ein mit Handgranaten beladener Waggon war explodiert. Der Waggon war zertrümmert, ebenso war durch die Wucht der Explosion ein Teil des Zollzaunes herausgerissen. Die Explosion geschah während einer Arbeitspause, so daß sich nur wenige Arbeiter in der Nähe aufhielten. Drei Personen sollen durch Sprengstücke leicht verletzt sein. Die Munition war mit Schiff von Frankreich nach Neufahrwasser gekommen und sollte nach Polen befördert werden. Von Polen sind Gerüchte ausgestreut worden, als wenn die Explosion der Handgranaten auf einen Racheakt Danziger Arbeiter zurückzuführen sei, dies ist nach dem Befund gänzlich unzutreffend; es ist im Gegenteil festgestellt, daß die Explosion auf Selbstentzündung zurückzuführen ist. Lediglich die Minderwertigkeit der Handgranaten hat ein größeres Unheil verhütet.**

Polenputsch vertagt.

Die „Schlesische Volkszeitung" veröffentlicht folgenden neuen polnischen Geheimbefehl:

> **Landesverteidigung Oberschlesien, streng vertraulich. Auf der Versammlung des Oberkommandos am 19. September wurde beschlossen, die eingeleitete Aktion aus den bekannten Gründen bis zum 1. Oktober zu vertagen. Bis zu dieser Zeit soll man mit den Vorbereitungen nicht aufhören, um die Aktion aufs beste durchzuführen. Aus diesem Grunde beschloß die Versammlung, jedem Kommandanten in Gleiwitz, Kattowitz, Hindenburg, Beuthen und Tarnowitz je einen Fachinstrukteur beizugeben, und zwar die Herren Glinderski, Zromski, Drzwicki, Golnowski und Zebracki, sowie Herrn Glemp für einen nicht genannten Ort. Desgleichen sind die Waffen, wenn solche unter die Organisierten verteilt waren, einzuziehen, damit diese nicht beschlagnahmt werden. Oberkommando, gez. Zgierski.**
>
> **An die Bezirkskommandanten.**

In Tarnowitz verlangte am 22. September, abends 10 Uhr, eine polnische Bande von dreißig Mann Einlaß bei dem Kaufmann Lustig mit der Begründung, daß aus dem Hause heraus geschossen worden sei. Nach Zeugenaussagen ist der Schuß vorher von Polen abgegeben worden. Die Polen warfen nun mehrere Handgranaten, die aber keinen Schaden anrichteten. Dann zog die Rotte vor das Spritzenhaus, wo ein Polizeiassistent untergebracht ist, der in das Hinterhaus flüchtete. Auf einen Bäckermeister und einen Kaufmann wurden mehrere Schüsse abgegeben.

Was kann ich für die Partei tun?

So sagt mancher und manche, die nur eine Ausrede suchen, um nichts zu tun. Aber jeder kann an jedem Tag für die Partei arbeiten, indem er ihrem Organ, dem „Vorwärts", neue Leser schafft. Dazu bietet der bevorstehende Quartalswechsel die günstigste Gelegenheit. An die Arbeit!

Folgender Zettel ist ausgefüllt an die Expedition des „Vorwärts", SW. 68, Lindenstr. 3, zu senden:

> Ich abonniere ab 1. Oktober den „Vorwärts" mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Volk und Zeit" in Groß-Berlin täglich zweimal frei ins Haus für 10 Mark monatlich.
>
> Außerhalb Groß-Berlins Wohnende wollen beim Postamt ihres Wohnortes bestellen.
>
> Name _____
>
> Wohnung: _____
>
> _____ Straße Nr. _____

Gewerkschaftsbewegung

Reichskonferenz der Ofensetzer.

Meißen, 23. September 1920.

Im Anschluß an den Verbandstag der Töpfer fand heute noch eine Konferenz der Ofensetzervertreter statt, um interne Berufsfragen zu erörtern. Außer 23 Delegierten nahmen daran noch teil 4 Vertreter des Verbandsvorstandes und die Gauleiter.

Die Erörterungen drehten sich um die Fragen der Heiztechnik, Heizämter, Sozialisierung, Genossenschaften, Regiearbeit, transportable Kachelöfen und Ersatzöfen. In der Frage der Heiztechnik und Heizämter gingen die Meinungen dahin, daß alle Redner die Einrichtung von Heizämtern, wie sie schon vielfach vor allem in Süddeutschland vorhanden, für alle nennenswerten Städte forderten. Diesen Heizämtern soll die Aufgabe zufallen, die Heiz- und Kochstätten zu überwachen und das breite Publikum über die zweckmäßige Beheizung der Wohnräume zu beraten. Hierüber herrscht bei den meisten Hausfrauen noch eine geradezu erschreckende Unwissenheit, vielfach werden dadurch die teuren und knappen Heizmittel unnütz verpulvert. Es wird verlangt, daß aus den Reihen der gelernten Ofensetzer dem Publikum heiztechnisch gebildete Berater zur Seite stehen sollen. Von den Gemeinden wird gefordert, die Mittel für die Ausbildung solcher Berater, die ihren Unterricht in den heiztechnischen Versuchsanstalten und Fachschulen erhalten sollen, aufzubringen. Eine dahingehende Resolution fand einstimmige Annahme.

In der Frage der Sozialisierung, Genossenschaften und Regiearbeit gingen die Meinungen auseinander. Die Berliner Delegierten hielten die Regiearbeit für die bessere Arbeitsform, während die Hamburger Vertreter und andere die Genossenschaft für das Bessere hielten. Die Debatte endete mit der Annahme einer Resolution, worin die Konferenz den bestehenden und später zu gründenden Ofensetzer-Genossenschaften empfiehlt, den Anschluß an den Verband sozialisierter Baubetriebe zu vollziehen. In Orten, wo Regiearbeit durch Entgegenkommen der Gemindeverwaltungen eingeführt werden kann, sollen sich die Ofensetzer daran beteiligen.

Eine ausgedehnte Debatte zeitigte noch das Kapitel „Transportable Kachelöfen und Ersatzöfen". Die große Not, erzeugt durch die Knappheit der Rohstoffe, führt heute dazu, allerlei Heizobjekte unter schreiender Reklame auf den Markt zu werfen. So gibt es Mainkaöfen, Formsteinöfen, Mollöfen, sogar einfache Mauersteinöfen. Alle diese Oefen sind ganz minderwertige Erzeugnisse, ihre Haltbarkeit und Heizkraft äußerst zweifelhafter Natur, ihr Vorzug besteht nur in ihrer größeren Billigkeit gegenüber dem soliden Kachelofen. Es wurde gefordert, daß in der Bekämpfung dieser zweifelhaften Heizobjekte alles getan werden müsse, daß die Käufer und das Publikum über ihren geringen Verwendungswert aufgeklärt werden. Die Kriegsnot hat ferner zur Folge, daß die transportablen Kachelöfen immer mehr um sich greifen. Sie kommen oftmals in verhältnismäßig zu große Räume und erfüllen dann ebenfalls nicht ihren Zweck. Da diese Kachelöfen in Werkstätten aufgestellt werden, verlangte die Konferenz hygienisch einwandfreie Werkstätten, um die Gesundheit der darin beschäftigten Ofensetzer zu schützen. Eine Resolution, die sich mit den hier niedergelegten Ausführungen deckt, fand einstimmige Annahme.

Damit waren die Beratungsgegenstände erledigt. Abends nach 7 Uhr fand die Konferenz ihr Ende.

Streik der Berliner Mühlenarbeiter.

Der Arbeitgeberverband der Mühlenindustrie hat den Schiedsspruch des Schlichtungsausschusses abgelehnt, der in den drei Lohngruppen Zulagen von 60, 55 und 35 M. festsetzt. Der Arbeitgeberverband bietet Lohnerhöhungen von 35, 30 und 15 M. an; danach würde sich der Lohn in Gruppe A auf 245 M., in Gruppe B auf 235 M., in Gruppe C auf 165 M. erhöhen. Eine am Freitagabend abgehaltene Versammlung der Mühlenarbeiter erklärte einmütig, daß das Angebot der Arbeitgeber unannehmbar sei. Ein auf der Versammlung gestellter Antrag, das letzte friedliche Mittel zu versuchen und beim Demobilmachungskommissar die Verbindlichkeitserklärung des Schiedsspruchs zu beantragen, wurde nach lebhafter Diskussion abgelehnt und mit großer Mehrheit beschlossen, die Arbeit sofort niederzulegen. Darauf erklärte Tröger von der Ortsverwaltung des Verbandes der Brauerei- und Mühlenarbeiter, daß nach dem in Form eines Ultimatums gehaltenen Angebot der Unternehmer ein anderer Beschluß nicht zu erwarten wäre, und auch die Verbandsleitung alle Vorbereitungen zu diesem Streik getroffen habe, der sofort, also schon mit der Nachtschicht, zu beginnen habe.

Protest der Posthelfer.

Gegen die Anwendung des Teiltarifvertrages für die Angestellten bei den Reichs- und den preußischen Staatsverwaltungen nahmen die Posthelfer und -helferinnen im gehobenen und mittleren Beamtendienst am Donnerstag in den Sophien-Sälen in einer öffentlichen Protestversammlung Stellung, die einberufen war vom Verband der Post- und Telegraphenpersonals (Reichsabteilung im Deutschen Transportarbeiterverband). Schmidt referierte und legte durch Gegenüberstellung der Löhne in den einzelnen Gruppen dar, daß der Teiltarifvertrag erhebliche Verschlechterungen enthalte. Es müsse verlangt werden, daß der auch von der Afa mit unterzeichnete Teiltarif auf die Postaushelfer und -helferinnen keine Anwendung findet. Michaelis vom Zentralverband der Angestellten wies darauf hin, daß der Teiltarif die Angestellten in vorgeschrittenem Alter besser stelle, als dies durch den Tarif der Transportarbeiter erreicht werde. Im übrigen sei der Angestelltenverband und die Afa als freie Gewerkschaft durchaus noch nicht zufrieden mit dem Vertrag. Unter dem Druck der Verhältnisse habe man sich aber gezwungen gesehen, den Teiltarif gemeinsam mit den Harmonieverbänden abzuschließen. Nach einer sehr lebhaften Diskussion wurde gegen eine kleine Minderheit folgende Resolution angenommen:

Die am 23. September in den Sophiensälen tagende Versammlung der im mittleren Beamtendienst beschäftigten Posthelfer und -helferinnen vom Oberpostdirektionsbezirk Berlin lehnt die Anerkennung des Teiltarifvertrages für die Angestellten bei den Reichs- und den preußischen Staatsverwaltungen vom 4. Juni 1920 grundsätzlich ab und erhebt gegen die angeordnete Durchführung desselben schärfsten Protest. Die Betriebsräte werden verpflichtet, mit den Vertretern der einzelnen Dienststellen der Oberpostdirektion und dem Reichspostministerium jede Verhandlung über die Eingruppierung in die einzelnen Vergütungsgruppen abzulehnen. Die Versammelten erblicken durch den Tarifvertrag, der zwischen dem Reichspostministerium und dem Deutschen Transportarbeiter-Verband am 5. März 1920 getätigt worden ist, ihr Lohn- und Arbeitsverhältnis geregelt und erheben Anspruch auf die Nachzahlung der erhöhten Löhne auf Grund des neuen Lohntarifs vom 31. August 1920.

Ein Gegner des Koalitionsrechts.

Das Koalitionsrecht ist den Angestellten und Arbeitern gesetzlich gewährleistet. Es nutzt ihnen aber solange nichts, als nicht gleichzeitig schwere Strafbestimmungen für diejenigen Arbeitgeber eingeführt werden, die sich heute noch erdreisten, Angestellte wegen ihrer Zugehörigkeit zur gewerkschaftlichen Organisation zu maßregeln bzw. zu benachteiligen.

Eine Verkäuferin bewarb sich kürzlich um eine Stellung bei der Uhrengroßhandlung Leo Frank, Beuthstr. 4. Diese Firma beschäftigt mehrere Angestellte, die fast ausschließlich dem jugendlichen Alter angehören. Bezahlt wurden diese jugendlichen Arbeitskräfte mit „Gehältern", die erst durch Vermittlung des Zentralverbandes der Angestellten eine Aufbesserung erfuhren. Darüber scheint die Firma sehr erzürnt zu sein. Als die oben erwähnte Verkäuferin gelegentlich ihrer Bewerbung und persönlichen Rücksprache auf Befragen erklärte, sie sei Mitglied des Zentralverbandes der Angestellten, wurde ihr erwidert, dann sei für sie im Geschäftsbetriebe der Firma Leo Frank kein Platz übrig. Die Firma Leo Frank ist also ein Feind der freigewerkschaftlichen Organisation. Nach den geschilderten Umständen weiß man, warum!

Mitgliederzahl des Zimmererverbandes.

Der Zimmererverband hatte im ersten Quartal 1920 eine Mitgliederzahl von 83 379 gegen 79381 im letzten Quartal 1919. Von den Mitgliedern waren 4064 Lehrlinge.

Achtung, Betriebsräte!

Die Delegiertenwahl des Metallarbeiter-Verbandes der Gruppe 6 (Metallwarenfabrikation) findet am Sonnabend 8 Uhr in der Schulaula, Koppenplatz 22, statt. Gruppe 7 (Eisenkonstruktion usw.) wählt an demselben Tag 5 Uhr. Betriebsrätesekretariat S. P. D.

Kampfansage der Arbeitgeber im Einzelhandel.

Trotz weiterer Verteuerung der Lebenshaltung und voraussichtlich noch weiter anziehender Preise, haben es die Arbeitgeber des Einzelhandels für richtig gehalten, die Kündigung des Gehaltstarifs mit der Forderung der Herabsetzung der Gehälter zu verbinden, anstatt aus eigener, sozialer Erkenntnis den verteuerten Lebensverhältnissen entsprechende Aufbesserungen anzubieten. Diesen Mangel an sozialem Empfinden haben die Angestellten dadurch ausgeglichen, daß sie Gehaltsforderungen gestellt haben, die eigentlich bereits im Frühjahr hätten verwirklicht werden müssen. Bei der damals einsetzenden rückläufigen Konjunktur haben sich die Angestellten schweren Herzens entschlossen, Gehälter zu akzeptieren, die als ausreichende nicht angesprochen werden können, wie die Erfahrung der letzten Monate bewiesen hat.

Sie werden in einer am Sonntag, den 26. September, vormittags 10 Uhr, im Zirkus Busch stattfindenden Massenversammlung zu dem Abbruch der Verhandlungen seitens der Arbeitgeber Stellung nehmen und zum Ausdruck bringen, daß sie gewillt sind, für ihre gerechten Forderungen den Kampf aufzunehmen. Es darf daher kein Angestellter des Einzelhandels in dieser Versammlung fehlen.

Zentralverband der Angestellten.

Achtung Buchdrucker! Mittwoch, den 29. September, nachm. 5 Uhr, im Schultheiß-Ausschank, Neue Jakobstr. 24/25: Zusammenkunft sämtlicher Betriebsräte, Vertrauensleute und Funktionäre der auf dem Boden der praktischen Gewerkschaftsarbeit stehenden Buchdrucker. Wichtige Besprechung. Zahlreiches Erscheinen erwünscht.

Deutscher Transportarbeiter-Verband. Sonntag, den 26. Sept., vorm. 10 Uhr, im großen Saale des Gewerkschaftshauses, Engelufer 14/15, Branchenversammlung aller Kranführer und Anbinder aus den Groß-Berliner Metallbetrieben. Tagesordnung: Welche Folgen ergeben sich aus der neuen Eingruppierung und wie ist dem entgegenzuwirken? — Technisches Bühnenpersonal. Sonntag, den 26. Sept., vormittags pünktlich 9 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engelufer 14/15, Branchenversammlung. Bericht der Tarifberatungskommission und Beschlußfassung.

Wirtschaft

Das Schicksal unserer Industrie.

Die Mansfelder Kupferschiefer bauende Gewerkschaft leidet an Absatzmangel. Sie sieht sich genötigt, schon seit geraumer Zeit rund 50 Proz. ihrer Produktion auf Lager zu legen. Der Grund hierzu ist der Rückgang des Verbrauchs an Kupfer in fast allen Industriezweigen. Die Kriegsindustrie ging ein. Die dort verfügbaren Kupfer- und Messingmengen wurden anderen Industriezweigen zugeführt. Der Schiffsbau wurde eingestellt oder doch stark eingeschränkt. Der Bedarf an Kupfer für Bedachung, Brauereien, Färbereien usw. ging bedeutend zurück. Die Eisenbahn, welche infolge verstärkten Lokomotivbaues größere Mengen Kupfer verbraucht, übertrug die Beschaffung desselben der Metallgesellschaft in Frankfurt a. M. in Firma Händler, die dadurch eine Monopolstellung errang. Nun würden die Kupfermengen, welche die Eisenbahn benötigt, genügen, um die Mansfelder Gewerkschaft mit ihren 20 000 Arbeitnehmern voll zu beschäftigen. Doch leider muß festgestellt werden, daß von diesen flüssigen Aufträgen nur ein kleiner Bruchteil an die Mansfelder Gewerkschaft weitergegeben wurde, während der weitaus größere Teil ins Ausland ging. Anscheinend wohl, weil genannte Firma finanziell bei der amerikanischen Kupferindustrie beteiligt ist.

Die geschilderten Gründe veranlaßten, daß zuerst die nicht absetzbaren Mengen Kupfer (4 023 000 Kilogramm) auf Lager gelegt werden mußten. Wenn sie aber nicht behoben werden können, führen sie unbedingt zu Betriebseinschränkungen, wenn nicht zur Stillegung der gesamten Betriebe. Wer aber die Mansfelder Gewerkschaft und ihre Verhältnisse kennt, wer weiter den Mansfelder Seekreis kennt und weiß, wie das Wohl und Wehe der gesamten Bevölkerung des Kreises mit dem der Gewerkschaft verwoben ist, der kann ermessen, was die Stillegung dieser Industrie bedeutet. Die gesamte Bevölkerung wäre zur Auswanderung verdammt, weil es keine andere Beschäftigungsmöglichkeiten dort für sie gibt. Der Mansfelder Kupferschieferbergbau ist der einzige Industriezweig in der ganzen Gegend. Da wir die Folgen kommen sehen, so ist es unsere Pflicht, die Aufmerksamkeit der maßgebenden Behörden und der Oeffentlichkeit nach dort zu lenken, ist es unsere Pflicht, nachdrücklichst auf Abhilfe zu dringen.

Wir fordern daher vom Reichswirtschaftsminister, vom Reichsarbeitsminister, vom Reichseisenbahnminister, vom Minister für Handel und Gewerbe in Preußen und von sonstigen in Betracht kommenden maßgebenden Körperschaften, daß sie auf nachfolgende berechtigte Forderungen ihr Augenmerk wenden und für die Durchführung derselben nachdrücklichst eintreten:

1. Verbot der Einführung von ausländischem Kupfer und Kupferfabrikaten, solange der Verbrauch von der deutschen Industrie gedeckt werden kann und das deutsche Kupfer für die einzelnen Industriezweige verwendbar erscheint. Erschwerung der Einführung von notwendigen Kupferqualitäten evtl. Erhebung eines Zolles. 2. Anweisung an die in Betracht kommenden Stellen, den notwendigen Bedarf in erster Linie aus der deutschen Kupferproduktion zu decken. 3. Hebung des Schiffs- und Maschinenbaues. 4. Aufsuchung von neuen Absatzmöglichkeiten für deutsches Kupfer, Anknüpfung von Auslandsverbindungen, um uns den Weltmarkt wieder zu öffnen.

Vor einigen Tagen hatte ich Gelegenheit, mit dem Vertreter einer holländischen Kolonialgesellschaft, die ihren Sitz in Ostindien hat, über den Weltmarkt und die deutschen Aussichten auf Absatz zu sprechen. Dabei erzählte er mir unter anderem, daß seine Gesellschaft, welche früher immer ihren Bedarf an Eisenbahnmaterial in Deutschland gedeckt habe, jetzt einen Auftrag in Eisenbahngleisen, Weichen, Drehscheiben usw. im Betrage von 160 000 000 Gulden, das sind für zirka 2 649 000 000 M. nach unserem Valutastand, nach Amerika gegeben habe. Befragt nach dem Grunde, sagte er, daß die Preisfrage nicht die Veranlassung dazu gewesen wäre, sondern daß die Unterhändler der deutschen Industrie keine Garantie für Einhaltung der Lieferzeit übernehmen wollten. Wenn man derartiges hört, muß man unwillkürlich fragen, waren sich die deutschen Unterhändler wirklich ihrer Verantwortung bewußt gegenüber unserer Volkswirtschaft, als sie die Erklärung über die Lieferfristen abgaben? Welche Gründe haben vorgelegen, um sie zur Abgabe dieser Erklärung zu veranlassen? Lag Mangel an Rohstoffen vor, lag es an der Befürchtung, daß die Arbeiter durch geringere Arbeitsleistung die Innehaltung der übernommenen Verpflichtungen unmöglich machen würden? Dem Mangel an Rohstoffen wird man unmöglich die Schuld an der Erklärung beimessen können, also bleibt nur die Zuschiebung der Schuld an die Arbeiter. Aber, so müssen wir hier fragen: Haben sich die Herren Unterhändler einmal der Mühe unterzogen, mit den Arbeitern und ihren Vertretern über diese Angelegenheit zu sprechen? Oder hat man in Vertretung des alten Prinzips, daß der Arbeiter „nix to seggen hat", auf diesen Auftrag verzichtet, um dem Arbeiter von vornherein die Schuld an den sorgegangenen Aufträgen zuschieben zu können?

Wir müssen hier mit allem Nachdruck die Forderung erheben, daß die Arbeiter vielmehr noch wie bisher zu verantwortlichen Mitträgern der Produktion gemacht, daß sie vielmehr noch wie bisher bei der Entscheidung solch wichtiger Fragen, welche ihre und des Volksganzen Lebensbedingungen berühren, zugezogen werden. Daß die Arbeiter Verständnis für die jeweilige Lage besitzen, haben sie wiederholt bewiesen. Wir erinnern nur an die Bergarbeiter und ihre Bereitwilligkeit zur Mehrarbeit, um die Kohlenförderung zu heben. Wir müssen nun endlich mit der Ansicht, daß nur Einzelne über das Wohl und Wehe eines ganzen Volkes entscheiden können, aufräumen. Sollen die Arbeiter produzieren, dann müssen sie bei der Verfügung über die Werte ein entscheidendes Wort mitsprechen können. Von den maßgebenden Stellen aber erwarten wir, daß sie ihr Augenmerk ganz besonders auf den Auslandsmarkt richten, um solche Vorkommnisse für die Zukunft unmöglich zu machen. Holzapfel.

Meguin A. G. Von der Verwaltung wird uns mitgeteilt, daß entgegen anders lautenden Meldungen die Meguin A. G. ihre gesamte Fabrikation (Anlagen für Kohlenaufbereitung und Nebengewinnung, Gaswerkseinrichtungen, Kokerei-Maschinen, Zerkleinerungs- und Trockenanlagen, Eisenkonstruktionen, Bahnbedarf, Lochanstalt usw.) nach Butzbach (Oberhessen) in ein neuerbautes, modernes Werk verlegt habe. Ausländisches Kapital ist weder an der Meguin A. G., noch an der ihr nahestehenden Röcker A. G. in Gleiwitz (Oberschlesien) beteiligt.

Verantw. für den redakt. Teil: Dr. Werner Peiser, Charlottenburg; für Anzeigen: Th. Glocke, Berlin. Verlag: Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Vorwärts-Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin, Lindenstr. 3.
Hierzu 1 Beilage.

Möbel
Bar oder Teilzahlung
bei kleinster An- u. Abzahlung
zu bedeutend herabgesetzten Preisen
Schlafzimmer
Wohnzimmer
Herrenzimmer
Speisezimmer
Bunte Küchen
Einzelne Möbel
Liefere auch n. auswärts. Lagerung kostenlos.
Möbel-Cohn
Gr. Frankfurter Str. 58
5 Min. vom Alexanderplatz.
Filiale: Badstr. 47-48.
5 Min. v. Bhf. Gesundbr.

Damenhut-Fabrik
Titus König
Neukölln, Bergstr. 10.
Damenhüte
Samthüte mit feschen Garnituren 49.–
Samthüte neueste Formen und Straußgarnitur . 58.–
Samthüte mit Straußplatten garniert 75.–
Zylinderhüte mit Straußplatten garniert, 150– 98.–
Filzcornets in apartem Muster gestickt . . . 49.–
Herrenhüte
Prima Haarhut . 87,– und 65.–
Serie I echtes Schweißleder . . . 65.–
„ II „ „ . . . 59.–
„ III „ „ . . . 49.–
„ IV imitiertes Schweißleder . . 39.–

Haut-, Harn-, Frauenleiden usw.
werden schmerzlos und ohne Berufsstörung behandelt im Neuro Institut (spezialärztliche Leitung) Berlin SW, Blücherplatz 3 (direkt am Halleschen Tor). Sprechstunden 10–1, 4–8, Sonnt. 11–1. Damenzimmer separat. Erfolge selbst noch da.
wo alles andere versagte.
Dr med. Ludwigs Broschüre für 2,50 M. in verschlossenem Umschlage gibt Aufschluß.

Spulendrähte 2× Seide, Emailledrähte 9, 10 u. 12,
jedes Quantum zu kaufen gesucht
Elektro-Büro, Grüner Weg 100

Nutzeisen jeder Art:
Rund-, Flach-, Quadrat- u. Bandeisen,
Gas-Siede-Rohre, T-Träger u. U-Eisen,
Feldschmieden und Ambosse
sofort ab Lager lieferbar
Felix Kohls, Berlin C. 25. Dircksenstr. 12,
Moritzplatz 12072. Ecke Voltairestraße. Moritzplatz 12073.